

Sachregister
zur Mikrofiche-Edition der Verhandlungen des
Deutschen Bundestages und des Bundesrates

Mikrofiche-Edition

Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

(Protokolle, Drucksachen, Register)

Sachregister

zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages
1. und 2. Wahlperiode (1949-1953/1953-1957)
und den Verhandlungen des Bundesrates
(1949-1957)

Bearbeitet von

Günther Hagen

Rechtsreferendar
in München

Beate Heiss

Rechtsanwältin
in Traunreut

Barbara Kantenwein-Pabst

Rechtsanwältin
in München

Paula Scharff

Dipl.-Rechtspflegerin (FH)
in München

Detlef Scharff

Dipl.-Rechtspfleger (FH)
in München

Bernhard Schloer

Assessor
in München

Gesamtredaktion:

Stefan Tischler

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Deutschland «Bundesrepublik» / Bundestag:
[Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des
Bundesrates / Sachregister und Konkordanzliste]
Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des
Bundesrates : (Protokolle, Drucksachen, Reg.).
Sachregister und Konkordanzliste . . . — Mikrofiche-
Ed. — München : Beck ; München : Saur
ISSN 0722-3447

Teilw. u.d.T.: Deutschland «Bundesrepublik» /
Bundestag: Verhandlungen des Deutschen
Bundestages und des Bundesrates / Sachregister
Wahlperiode 1/2. (1949/57). Zu den Verhandlungen
des Deutschen Bundestages, 1. und 2. Wahlperiode
(1949 — 1953/1953 — 1957) und . . . des Bundesrates
(1949 — 1957). — 1984.

ISBN 3 406 30299 8 (Beck)

ISBN 3 598 30236 3 (Saur)

NE: Deutschland «Bundesrepublik» / Bundesrat;;
Deutschland «Bundesrepublik» / Bundestag:
Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des
Bundesrates / Sachregister; Deutschland «Bundes-
republik» / Bundesrat: Verhandlungen des
Deutschen Bundestages und des Bundesrates /
Sachregister

ISBN 3 406 30299 8 (Beck)
ISBN 3 598 30236 3 (Saur)

Satz: Ähren-Verlag W. Brehm oHG, München

Vorwort

Der vorliegende Registerband für die 1. und 2. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (1949—1957) und die entsprechenden Jahrgänge des Bundesrates (1949—1957) setzt die von den Verlagen C.H. Beck und K.G. Saur gemeinsam unternommene Mikrofiche-Edition der „Verhandlungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates“ fort. Einschließlich der ebenfalls auf Mikrofiches wiedergegebenen Sach- und Sprechregister beider Gesetzgebungskörperschaften umfassen diese beiden — hier getrennt bearbeiteten, aber in einem Band zusammengefaßten — Legislaturperioden ein Gesamtvolumen von rund 180.000 Druckseiten auf insgesamt 443 Mikrofiches zu maximal 420 Seiten. Angesichts des hohen dokumentarischen und zeitgeschichtlichen Ranges dieser Gesetzgebungsmaterialien des Deutschen Bundestages und des Bundesrates haben sich die herausgebenden Verlage entschlossen, den Benutzern der Mikrofiche-Edition den Zugang zu dieser Sammlung durch die Veröffentlichung eigener Sachregister in Buchform zu erleichtern. Erste Registerbände sind bereits für den Zeitraum 1972—1983 erschienen; weitere Bände werden für die 3.—6. Wahlperiode des Deutschen Bundestages und die maßgeblichen Jahrgänge des Bundesrates wie auch für den Zeitraum ab 1983 folgen.

Die nicht einfache Gewöhnung an das neue Medium Mikrofiche als einer sehr beachtenswerten Ergänzung der traditionellen Buchform soll hierdurch vereinfacht werden. Allein vor diesem Hintergrund ist die Zielsetzung dieses Registerwerkes zu verstehen; eine Konkurrenz zu dem in Mikrofiches vorliegenden Sach- und Sprechregister, das von den Dokumentationsabteilungen beider Gesetzgebungskörperschaften herausgegeben wird — ein Werk von hohem wissenschaftlichen Rang — ist selbstverständlich nicht beabsichtigt. Das Anliegen der Verlage ist viel bescheidener: dem Benutzer, der in aller Regel kaum mit Mikrofiche-Editionen zu tun gehabt haben wird, soll der Umgang mit diesem neuen Medium vereinfacht und der erste Zugang zu den gesuchten Materialien gewiesen werden.

Im Mittelpunkt des vorliegenden Registerbands steht ein Stichwortverzeichnis, mit dessen Hilfe die gesetzgeberische Arbeit der betreffenden Wahlperiode nachvollzogen werden kann. Wer weiter in die Tiefe dringen will, kann dies über die verfilmten Sach- und Sprechregister tun. Einen zweiten Schwerpunkt bildet die sog. Konkordanzliste zur Verknüpfung der einzelnen, offiziell mit Nummern bezeichneten Dokumente des Bundestages und des Bundesrates mit den entsprechenden Mikrofiche-Fundstellen. Diese Konkordanzliste wurde den Benutzern der schon ausgelieferten Mikrofiche-Edition bereits als Hilfsmittel zur Verfügung gestellt. Ergänzend schließlich sollen einige „Hinweise für die Benutzung des Registers“ Hilfestellung geben. In diesem Zusammenhang ist auf gewisse Überschneidungen hinzuweisen, die durch die unterschiedliche Erscheinungsweise der Materialien von Bundestag und Bundesrat bedingt sind. Die Parlamentspapiere des Bundesrates erscheinen jahrgangsweise und sind nur bedingt den Wahlperioden des Deutschen Bundestages zuzuordnen. Die Verlage haben sich entschlossen, die einer Wahlperiode des Deutschen Bundestages ungefähr entsprechenden Jahrgänge des Bundesrates parallel zur Seite zu stellen und in dem vorliegenden Register gemeinsam zu verarbeiten. Einige wenige, durch diese Überschneidung bedingten Ungenauigkeiten waren dabei hinzunehmen. Trotz aller Bemühungen der Verlage und des mit der Verfilmung betrauten Unternehmens und trotz des Einsatzes der modernsten Mikrofiche-Techniken ließ sich nicht vermeiden, daß vereinzelt Seiten vertauscht oder doppelt aufgenommen wurden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß der vorliegende Registerband erstmals eine Verknüpfung der Materialien beider Gesetzgebungskörperschaften vornimmt und somit den Inhalt von 8 einzelnen Registern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates erschließt.

Die politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ist maßgeblich durch die Arbeit des Deutschen Bundestages und des Bundesrates geprägt worden. Das Wirken dieser Institutionen ist in so vielfältiger Weise miteinander verflochten, daß es nützlich erschien, eine umfassende und zusammenhängende Dokumentation der Verhandlungen beider Gesetzgebungskörperschaften als Mikrofiche-Edition herauszubringen. Angesichts der Größenordnung dieses Unternehmens wäre dessen Verwirklichung ohne die tatkräftige Unterstützung von seiten der zuständigen Stellen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates kaum möglich gewesen. Da die Drucksachen des Bundesrates aus den ersten Jahren seiner Tätigkeit nur noch in einigen wenigen Exemplaren vollständig vorliegen, war es von unschätzbbarer Hilfe, daß die Bibliothek des Bundesministeriums für Wirtschaft eigene Bestände für die Verfilmung zur Verfügung stellte. Allen Betroffenen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

München, im Mai 1984

C.H.BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
K.G. SAUR VERLAG

Hinweise für die Benutzung des Registers

Dieses Register soll dem Benutzer einen schnellen Zugriff auf die Bundesrats- und Bundestagsmaterialien ermöglichen. Es will weder eine vollständige Dokumentation aller verfilmten Drucksachen und Protokolle sein, noch das ja sowieso mitverfilmte offizielle Register ersetzen.

Aus diesem Grund wurden Teile des verfilmten Materials absichtlich nicht in dieses Register aufgenommen, so vor allem

1. Kleine Anfragen (bis auf wenige Ausnahmen von besonderer Bedeutung)
2. regelmäßig wiederkehrende Übersichten, soweit nicht in Einzelfällen von besonderer Bedeutung (Petitionen, Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht)
3. Geschäftsordnungsvorgänge
4. Personalentscheidungen (Wahlen zu Ausschüssen und Aufsichtsräten)

Unter einem jeweils halbfett gedruckten Hauptstichwort findet der Benutzer in einer Strichaufzählung die zu diesem Stichwort nach den oben genannten Kriterien aufgenommenen Dokumente. Dabei sind Gesetzentwürfe (GesEntw) durch *Kursivdruck* hervorgehoben. Gibt es zu einem Hauptstichwort mehrere Dokumente der gleichen Art, z.B. mehrere Verordnungen, sind diese wiederum in numerischer Reihenfolge aufgeführt.

Bei Gesetzentwürfen sind die Dokumente stets in einer gleichbleibenden Reihenfolge aufgenommen, zuerst die des Bundesrates, danach die des Bundestages in der Reihenfolge der parlamentarischen Behandlung. Dieses Schema wurde nur an wenigen Stellen bei Gesetzentwürfen mit sehr kompliziertem Verfahrensablauf (etwa mehreren Vermittlungsverfahren) im Interesse der Übersichtlichkeit durchbrochen.

Beispiel:

GesEntw über die Finanzverwaltung

Reihenfolge der Dokumente	Erläuterung
1. und 2. Durchgang	Angabe der Bearbeitungsreihenfolge im Bundesrat — bei Gesetzesinitiativen aus der Mitte des Bundestages stattdessen: Bundesratsdurchgang
BR-Drs 61/50, 114/50*	= Drucksache des 1. Durchgangs
BR-Drs 363/50, 390/50*	= Drucksache des 2. Durchgangs
BR-PIPr 14	= Protokoll des 1. Durchgangs
BR-PIPr 22	= Protokoll des 2. Durchgangs
Vermittlungsverfahren: BR-Drs 566/50, 571/50* BR-PIPr 29	Hat ein Vermittlungsverfahren stattgefunden, folgen Drucksache und Protokoll des Vermittlungsverfahrens
GesEntw der Bundesregierung	Angabe des Gesetzesinitiativorgans gemäß Art 76 Abs I Grundgesetz
BT-Drs 1/697	Text des Gesetzentwurfes, entspricht inhaltlich der 1. Bundesratsdrucksache
Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanz- und Steuerfragen BT-Drs 1/888	Beschlußempfehlung des federführenden Ausschusses (gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Bundestages)
Änderungsantrag zur 2. Beratung BT-Drs 1/911	Änderungs- und Entschließungsanträge in numerischer Reihenfolge (gemäß § 81 der Geschäftsordnung)
Anrufung des Vermittlungsausschusses BT-Drs 1/990 Bericht und Antrag des Vermittlungsausschusses BT-Drs 1/1146	Unterrichtung über die Anrufung des Vermittlungsausschusses als Ergebnis der Abstimmung im Bundesrat Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses gemäß Art 77 Abs II GG

Reihenfolge der Dokumente	Erläuterung
1. Beratung BT-PIPr 1/49 2. und 3. Beratung BT-PIPr 1/63 Beratung des Vermittlungsausschusses BT-PIPr 1/77	Nach sämtlichen Drucksachen folgen die Protokolle in der Reihenfolge der Beratung. Wurde ein Gesetzentwurf durch den Bundestag abgelehnt, so heißt es nur: 2. Beratung (soweit dazu eine Beratung stattgefunden hat)

* In den Jahren 1949 und 1950 wurden die Ausschlußempfehlungen und Beschlüsse des Bundesrates noch mit eigenen Drs-Nummern versehen, später dann als BR-Drs 59/1/52, 59/52(B) bezeichnet; daher sind in den ersten Jahren im 1. und 2. Durchgang oft mehrere Drs aufgeführt.

Abkürzungsverzeichnis

Abg.....	Abgeordnete(r)
Abs.....	Absatz
Änd	Änderung
ÄndGes	Änderungsgesetz
Antr	Antrag
Art	Artikel
betr.....	betrifft, betreffend
BGB.....	Bürgerliches Gesetzbuch
BR	Bundesrat
BT.....	Deutscher Bundestag
Drs	Drucksache
EG	Europäische Gemeinschaften
EGKS.....	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
Entw.....	Entwurf
EStG.....	Einkommensteuergesetz
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Gen.....	Genossen
gem.....	gemäß
Ges.	Gesetz
GesEntw	Gesetzentwurf
GG	Grundgesetz
Nr	Nummer(n)
PIPr	Plenarprotokoll
RVO.....	Reichsversicherungsordnung
s	siehe
s a.....	siehe auch
StGB.....	Strafgesetzbuch
StPO.....	Strafprozeßordnung
u a.....	unter anderem, und andere(s)
UN.....	Vereinte Nationen
v	vom, von
VO	Verordnung

Einschlägige gesetzliche Bestimmungen in Auszügen

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

vom 23. Mai 1949

(BGBl I Seite 1 = Mikrofiche-Edition Teil I 1 A 9)

Artikel 76

(1) Gesetzesvorlagen werden beim Bundestage durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages oder durch den Bundesrat eingebracht.

(2) Vorlagen der Bundesregierung sind zunächst dem Bundesrate zuzuleiten. Der Bundesrat ist berechtigt, innerhalb von drei Wochen zu diesen Vorlagen Stellung zu nehmen.

(3) Vorlagen des Bundesrates sind dem Bundestage durch die Bundesregierung zuzuleiten. Sie hat hierbei ihre Auffassung darzulegen.

Artikel 77

(1) Die Bundesgesetze werden vom Bundestage beschlossen. Sie sind nach ihrer Annahme durch den Präsidenten des Bundestages unverzüglich dem Bundesrate zuzuleiten.

(2) Der Bundesrat kann binnen zwei Wochen nach Eingang des Gesetzesbeschlusses verlangen, daß ein aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates für die gemeinsame Beratung von Vorlagen gebildeter Ausschuß einberufen wird. Die Zusammensetzung und das Verfahren dieses Ausschusses regelt eine Geschäftsordnung, die vom Bundestag beschlossen wird und der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Die in diesen Ausschuß entsandten Mitglieder des Bundesrates sind nicht an Weisungen gebunden. Ist zu einem Gesetze die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, so können auch der Bundestag und die

Bundesregierung die Einberufung verlangen. Schlägt der Ausschuß eine Änderung des Gesetzesbeschlusses vor, so hat der Bundestag erneut Beschluß zu fassen.

(3) Soweit zu einem Gesetze die Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich ist, kann der Bundesrat, wenn das Verfahren nach Absatz 2 beendet ist, gegen ein vom Bundestage beschlossenes Gesetz binnen zwei Wochen, Einspruch einlegen. Die Einspruchsfrist beginnt im Falle des Absatzes 2 letzter Satz mit dem Eingange des vom Bundestage erneut gefaßten Beschlusses, in allen anderen Fällen mit dem Eingange der Mitteilung des Vorsitzenden des in Absatz 2 vorgesehenen Ausschusses, daß das Verfahren vor dem Ausschusse abgeschlossen ist.

(4) Wird der Einspruch mit der Mehrheit der Stimmen des Bundesrates beschlossen, so kann er durch Beschluß der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages zurückgewiesen werden. Hat der Bundesrat den Einspruch mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln seiner Stimmen beschlossen, so bedarf die Zurückweisung durch den Bundestag einer Mehrheit von zwei Dritteln, mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.

Artikel 78

Ein vom Bundestage beschlossenes Gesetz kommt zustande, wenn der Bundesrat zustimmt, den Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 nicht stellt, innerhalb der Frist des Artikels 77 Abs. 3 keinen Einspruch einlegt oder ihn zurücknimmt oder wenn der Einspruch vom Bundestage überstimmt wird.

Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

in der Fassung vom 28.1.1952 (BGBl II Seite 389 = Mikrofiche-Edition Teil II 2 L 4)

§ 75 Einbringung

(1) Vorlagen erfolgen in schriftlicher Form an den Bundestag durch die Bundesregierung und den Bundesrat (§ 76 ff.).

(2) Anträge können, mit Ausnahme des Antrages nach § 103, nur von Abgeordneten eingebracht werden (§ 75 ff.).

(3) Große Anfragen an die Bundesregierung sind von mindestens 30 Abgeordneten zu unterzeichnen (§§ 105 bis 109).

(4) Kleine Anfragen an die Bundesregierung sind von mindestens soviel Mitgliedern des Bundestages zu unterzeichnen, wie einer Fraktionsstärke entspricht (§ 110).

(5) Mündliche Anfragen können von jedem Abgeordneten in der Fragestunde vorgebracht werden (§ 111).

(6) Ersuchen in Immunitätsangelegenheiten sind von dem Präsidenten unmittelbar an den zuständigen Ausschuß weiterzuleiten (§ 114).

(7) Petitionen gemäß Artikel 17 des Grundgesetzes können von jedem Staatsbürger eingebracht werden (§§ 112 bis 113).

§ 76 Behandlung

(1) Alle Vorlagen der Bundesregierung und des Bundesrates, die Anträge von Abgeordneten sowie Große und Kleine Anfragen und Ausschußberichte werden gedruckt und an die Mitglieder des Bundestages, des Bundesrates und an die Bundesministerien verteilt.

(2) Regierungsvorlagen, die keiner Beschlußfassung bedürfen (Denkschriften, Nachweisungen und anderes), kann der Präsident, ohne sie auf die Tagesordnung zu setzen, mit Zustimmung des Bundestages einem Ausschuß überweisen.

§ 77 Beratungen

(1) Gesetzentwürfe, Haushaltsvorlagen, Verträge mit auswärtigen Staaten und ähnliche Verträge, welche die politischen Beziehungen des

Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, gemäß Artikel 59 des Grundgesetzes, werden in drei Beratungen, alle anderen Vorlagen und Anträge in einer Beratung erledigt.

(2) Die Beratungen beginnen im allgemeinen frühestens am dritten Tage nach Verteilung der Drucksache. Abweichungen hiervon bedürfen, wenn Einspruch erhoben wird, einer Zweidrittel-Mehrheit.

(3) Der Bundestag kann beschließen, die Beratung eines Gegenstandes vor Eintritt in die Beratung bis zu vier Wochen zu vertagen. Eine weitere Vertagung der Beratung ist nur mit Zustimmung der Antragsteller möglich. Der Antrag auf Vertagung der Beratung muß gedruckt vorliegen und auf der Tagesordnung stehen.

§ 78 Erste Beratung von Gesetzentwürfen

In der ersten Beratung findet eine Aussprache nach den vom Bundesrat gebilligten Vorschlägen des Ältestenrats statt. Es werden nur die Grundsätze der Vorlagen besprochen. Die Beratung kann nach einzelnen Abteilungen getrennt werden. Änderungsanträge zu Gesetzentwürfen sind nicht vor Schluß der ersten Beratung, zu Verträgen mit auswärtigen Staaten und ähnlichen Verträgen gemäß Artikel 59 des Grundgesetzes überhaupt nicht zulässig.

§ 79 Überweisung an einen Ausschuß

(1) Am Schluß der ersten Beratung kann der Gesetzentwurf einem Ausschuß überwiesen werden. Er kann nur in besonderen Fällen gleichzeitig mehreren Ausschüssen überwiesen werden, wobei der federführende Ausschuß zu bestimmen ist.

(2) In der ersten Beratung findet keine andere Abstimmung statt.

§ 80 Zweite Beratung von Gesetzentwürfen

(1) Die zweite Beratung beginnt im allgemeinen am zweiten Tage nach Schluß der ersten und, wenn Ausschußberatungen vorausgegangen sind, frühestens am zweiten Tage nach Verteilung des Ausschußberichts. In der Regel findet keine allgemeine Beratung statt, doch kann sie der Bundestag zulassen.

(2) Die Einzelberatung wird der Reihenfolge nach über jede selbständige Bestimmung und zuletzt über Einleitung und Überschrift eröffnet und geschlossen. Nach Schluß jeder Einzelberatung wird abgestimmt.

(3) Auf Beschluß des Bundestages kann die Reihenfolge geändert, die Beratung über mehrere Einzelbestimmungen verbunden oder über Teile einer Einzelbestimmung oder über verschiedene Änderungsanträge zu demselben Gegenstand getrennt werden.

§ 81 Änderungsanträge zur zweiten Beratung

(1) Änderungen zu Gesetzentwürfen und Entschlüssen können beantragt werden, solange die Beratung des Gegenstandes, auf den sie sich beziehen, noch nicht abgeschlossen ist. Die Anträge müssen schriftlich abgefaßt sein und werden verlesen, wenn sie noch nicht gedruckt verteilt sind.

(2) Änderungsanträge bedürfen keiner Unterstützung. Anträge auf Annahme von Entschlüssen müssen von mindestens soviel Mitgliedern unterstützt sein, wie einer Fraktionsstärke entspricht.

§ 82 Zurückverweisung an einen Ausschuß

Solange nicht die letzte Einzelabstimmung erledigt ist, kann die ganze oder teilweise Zurückverweisung an einen Ausschuß erfolgen. Die Zurückverweisung kann auch an einen anderen Ausschuß erfolgen. Ebenso können bereits erledigte Teile überwiesen werden.

§ 83 Abstimmung in der zweiten Beratung

Über mehrere oder alle Teile eines Gesetzentwurfs kann gemeinsam abgestimmt werden. Über Verträge mit auswärtigen Staaten und ähnliche Verträge gemäß Artikel 59 des Grundgesetzes wird im ganzen abgestimmt.

§ 84 Zusammenstellung der Änderungen

(1) Wurden in der zweiten Beratung Änderungen beschlossen, so läßt sie der Präsident neben dem Gesetzentwurf zusammenstellen.

(2) Die Beschlüsse der zweiten bilden die Grundlage der dritten Beratung.

(3) Sind in der zweiten Beratung alle Teile eines Gesetzentwurfs abgelehnt worden, so unterbleibt jede weitere Beratung und Abstimmung.

§ 85 Dritte Beratung von Gesetzentwürfen

Die dritte Beratung erfolgt frühestens

- a) am zweiten Tage nach der Verteilung der Drucksache mit den in der zweiten Beratung gefaßten Beschlüssen, wenn Änderungen beschlossen sind, oder
- b) falls keine Änderungen des Gesetzentwurfs beschlossen sind, nach Schluß der zweiten Beratung.

Sie beginnt mit der allgemeinen Beratung über die Grundzüge des Gesetzentwurfs, soweit nicht auf Vorschlag des Ältestenrats anders beschlossen wird. Ihr schließt sich eine Einzelberatung nur über diejenigen Bestimmungen an, zu denen in der dritten Beratung Änderungsanträge gestellt werden.

§ 86 Änderungsanträge zur dritten Beratung

Änderungsanträge bedürfen der Unterstützung von soviel Mitgliedern, wie einer Fraktionsstärke entspricht.

§ 87 Wiederholung der Abstimmung

Sind in der einmaligen oder in der dritten Beratung Änderungsanträge angenommen worden, ehe sie gedruckt verteilt waren, so muß, wenn es von einer Anzahl von Abgeordneten, die einer Fraktionsstärke entspricht, verlangt wird, vor der Schlußabstimmung nochmals über die nun vorliegende Drucksache abgestimmt werden. Eine Beratung findet nicht statt.

§ 88 Schlußabstimmung

Am Schluß der dritten Beratung wird über die Annahme oder Ablehnung des Gesetzentwurfs abgestimmt. Sind die Beschlüsse der zweiten Beratung unverändert geblieben, so folgt die Schlußabstimmung unmittelbar. Wurden Änderungen vorgenommen, so muß die Schlußabstimmung auf Verlangen von soviel Mitgliedern, wie einer Fraktionsstärke entspricht, ausgesetzt werden, bis die Beschlüsse zusammengestellt und verteilt sind. Über Verträge mit auswärtigen Staaten und ähnliche Verträge findet keine besondere Schlußabstimmung statt.

§ 89 Abstimmung über Entschlüssen zu Gesetzentwürfen

Über Entschlüssen zu Gesetzentwürfen und Verträgen mit auswärtigen Staaten und ähnlichen Verträgen (§ 77) wird in der Regel nach der dritten Beratung abgestimmt.

§ 90 Einberufung des Vermittlungsausschusses

(1) Ist zu einem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, so kann der Bundestag die Einberufung des Vermittlungsausschusses verlangen, wenn ihn die Haltung des Bundesrates dazu veranlaßt (Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes).

(2) Der Antrag bedarf einer Unterstützung von 30 Mitgliedern.

§ 91 Beratung von Vorschlägen des Vermittlungsausschusses

In Fällen des Artikels 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß) regelt sich das Verfahren nach der Geschäftsordnung des Vermittlungsausschusses.

§ 92 Einspruch des Bundesrates

Über den Einspruch des Bundesrates stimmt der Bundestag nach Artikel 77 Abs. 3 des Grundgesetzes ohne Aussprache ab. Vor der Abstimmung können lediglich Erklärungen abgegeben werden. Die Abstimmung erfolgt durch Zählung der Stimmen gemäß § 56, wenn nicht namentliche Abstimmung verlangt wird (§ 57).

§ 96 Finanzvorlagen

(1) Finanzvorlagen werden in der Regel vom Präsidenten des Bundestages nach Anhörung des Ältestenrats unmittelbar dem zuständigen Ausschuß und dem Haushaltsausschuß oder nur dem Haushaltsausschuß überwiesen.

(2) Finanzvorlagen sind alle Vorlagen der Bundesregierung, des Bundesrates und alle Anträge von Mitgliedern des Bundestages, die in der Hauptsache bestimmt oder in erheblichen Umfang geeignet sind, für die Gegenwart oder die Zukunft auf die öffentlichen Finanzen einzuwirken. Vorlagen in diesem Sinne sind solche, die den Bundeshaushalt, Einnahmen oder Ausgaben, das Vermögen, die Schulden oder Bürgschaften, die Steuern, Abgaben und Gebühren, sonstigen Aufwand für öffentliche Zwecke sowie Haushaltsrechnungen und Berichte des Rechnungshofes über alle diese Gegenstände betreffen. In Zweifelsfällen entscheidet der Präsident des Bundestages im Benehmen mit dem Ältestenrat endgültig, ob es sich um eine Finanzvorlage handelt.

(3) Ein Antrag von Mitgliedern des Bundestages, der eine Finanzvorlage darstellt, wird nur dann beraten, wenn er mit einem Ausgleichsantrag zu ihrer Deckung verbunden ist. Zur Schätzung einer Einnahmenerhöhung oder Ausgabenreduzierung im Ausgleichsantrag ist die Bundesregierung vorher zu hören. Antrag und Ausgleichsantrag bilden für die Beratung und Abstimmung einen einheitlichen, nicht teilbaren Antrag.

(4) Anträge von Mitgliedern des Bundestages, die eine Finanzvorlage darstellen und während der Beratung des Haushaltsplans gestellt werden, bedürfen keines Deckungsantrages. Sollen diese Anträge vor der Verabschiedung des Haushalts durchgeführt werden, so ist zugleich über die Deckung zu beschließen. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. Durch Beschluß vom 27. Oktober 1955 hat § 96 folgende Fassung erhalten:

§ 96* Finanzvorlagen

(1) Finanzvorlagen sind alle Vorlagen der Bundesregierung, des Bundesrates sowie Gesetzentwürfe und selbständige Anträge von Abgeordneten im Sinne des § 97, die in der Hauptsache bestimmt oder in erheblichem Umfang geeignet sind, auf die öffentlichen Finanzen einzu-

wirken, und die nicht Haushaltsvorlagen im Sinne des § 94 sind. Bei Zweifeln über den Charakter der Vorlage erfolgt Prüfung durch den Ausschuß für Geschäftsordnung gemäß § 129. Der Bundestag entscheidet über den Antrag des Ausschusses ohne Aussprache.

(2) Finanzvorlagen, die einen Gesetzentwurf enthalten, sind nach der ersten Beratung dem Haushaltsausschuß und dem Fachausschuß zu überweisen. Alle anderen Finanzvorlagen werden ohne Beratung im Bundestag vom Präsidenten dem Haushaltsausschuß und dem Fachausschuß überwiesen. Bei Zweifeln darüber, welcher Fachausschuß für die Beratung der Vorlage zuständig ist, trifft der Präsident im Benehmen mit dem Ältestenrat die Entscheidung. Den Antragstellern ist Gelegenheit zu geben, den Antrag im Ausschuß zu begründen.

(3) Der Haushaltsausschuß prüft jede Finanzvorlage auf ihre Vereinbarkeit mit dem Haushaltsplan und der Haushaltslage. Hat die Vorlage nach seiner Meinung haushaltsmäßige Auswirkungen, legt der Ausschuß zugleich mit dem Bericht an den Bundestag einen Vorschlag zur Deckung der Mindereinnahmen oder Mehrausgaben vor. Kann der Haushaltsausschuß einen Deckungsvorschlag nicht machen, dann wird die Vorlage dem Bundestag vorgelegt, der nach Begründung durch einen Antragsteller lediglich über die Möglichkeit einer Deckung berät und beschließt. Ein Deckungsvorschlag aus der Mitte des Hauses, der vom Bundestag angenommen wird, gilt zugleich als an den Haushaltsausschuß verwiesen, der zu ihm Stellung nimmt und die Finanzvorlage sodann dem Bundestag zur abschließenden Behandlung vorlegt. Wird bei der Beratung der Deckungsmöglichkeit ein Deckungsvorschlag vom Bundestag nicht angenommen, gilt die Finanzvorlage als erledigt.

§ 96 a* Zollvorlagen

Vorlagen der Bundesregierung auf Änderung des Zollltarifs gemäß § 4 des Zollltarifgesetzes vom 16. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 527) werden, wenn sie von der Bundesregierung als dringlich bezeichnet sind, vom Präsidenten des Bundestages unmittelbar dem zuständigen Ausschuß überwiesen. Der zuständige Ausschuß hat sie innerhalb von zwei Wochen nach Eingang beim Ausschuß zu beraten. Der Bericht des Ausschusses ist auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bundestages zu setzen. Wenn der Ausschuß seine Beratungen nicht innerhalb der Frist von zwei Wochen abschließt, ist die Vorlage ohne Ausschußbericht zur Beschlußfassung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bundestages zu setzen.

§ 97 Selbständige Anträge von Abgeordneten

(1) Selbständige Anträge von Abgeordneten des Bundestages müssen, soweit dies nicht durch die §§ 23 bis 34 anders geregelt ist, von mindestens soviel Mitgliedern unterschrieben sein, wie einer Fraktions-

stärke entspricht, und die Eingangsformel tragen „Der Bundestag wolle beschließen“.

(2) Die Unterzeichner eines Antrages gelten als Antragsteller, soweit sie nicht als Unterstützer bezeichnet sind.

(3) Dem Erstunterzeichner eines Antrages ist für Ausschußsitzungen eine Einladung mit Tagesordnung zu übersenden, damit einer der Antragsteller in der Lage ist, den Antrag zu begründen und mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 99 Beratung von Anträgen

(1) Anträge, die keinen Gesetzentwurf enthalten, werden sofort beraten oder ohne Beratung an einen Ausschuß überwiesen.

(2) Auch wenn Anträge nicht gedruckt vorliegen oder nicht auf der Tagesordnung stehen, kann darüber abgestimmt werden, wenn nicht fünf Mitglieder widersprechen.

(3) Wird in die Beratung eingetreten, so erhält ein Antragsteller zur Begründung das Wort. Enthält der Antrag einen Gesetzentwurf, dann schließt sich an die Begründung die erste Beratung an. Einem der Antragsteller steht das Schlußwort zu.

§ 104 Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes können nur beraten werden, wenn sie auf die Tagesordnung gesetzt sind.

§ 105 Große Anfragen

Große Anfragen an die Bundesregierung sind dem Präsidenten schriftlich einzureichen. Sie müssen kurz und bestimmt gefaßt und von 30 Mitgliedern unterzeichnet sein; eine kurzgefaßte schriftliche Begründung ist zulässig.

§ 106 Beantwortung und Beratung von Großen Anfragen

Der Präsident teilt der Bundesregierung die Große Anfrage mit und fordert schriftlich zur Erklärung auf, ob und wann sie antworten werde. Erklärt sich die Bundesregierung zur Beantwortung in einer bestimmten Sitzung bereit, so wird die Große Anfrage auf die Tagesordnung dieser Sitzung gesetzt. Einer der Anfragenden erhält vor der Beantwortung das Wort zur Begründung. An die Antwort schließt sich unmittelbar die Beratung an, wenn 30 anwesende Mitglieder sie verlangen.

* § 96 geändert und § 96a eingefügt durch Bekanntmachung vom 6.12.1955, BGBI II Seite 1048 = 13 L 26

Geschäftsordnung des (Deutschen) Bundesrates

in der Fassung vom 8.11.1950 (BGBI Seite 768 = 3 C 19)

§ 13

Der Präsident überweist die Vorlagen den zuständigen Ausschüssen und bestimmt den federführenden Ausschuß.

§ 14

(1) Der Bundesrat bildet ständige Ausschüsse. Er kann für besondere Angelegenheiten weitere Ausschüsse einsetzen.

(2) Der Bundesrat bestimmt die Vorsitzenden der Ausschüsse.

(3).....

§ 22

(1) Die Ausschüsse berichten dem Bundesrat über das Ergebnis ihrer Beratungen durch ein Mitglied oder mehrere Mitglieder des Ausschusses. Die Berichterstattung ist in der Regel mündlich.

(2) Empfiehlt ein Ausschuß dem Bundesrat die Änderung einer Vorlage, so legt er einen formulierten Änderungsvorschlag mit Begründung vor.

X

in der Fassung vom 31.7.1953 (BGBI II Seite 527 = 6 B 7)

§ 12

In Verfahren nach Artikel 77 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes stellt der Präsident zunächst fest, ob die Mehrheit die Anrufung des Vermittlungsausschusses ablehnt. Ist dies nicht der Fall, so läßt er über die Einzelanträge beraten und abstimmen.

Schließlich läßt der Präsident darüber beraten und abstimmen, ob der Vermittlungsausschuß unter Zugrundelegung aller gefaßten Einzelbeschlüsse angerufen werden soll.

§ 13

(1).....

(2) In Gesetzgebungsverfahren nach den Artikeln 76 ff. des Grundgesetzes sind die Abstimmungsfragen so zu fassen, daß sich aus ihrer Beantwortung zweifelsfrei ergibt, ob die Mehrheit der Stimmen des Bundesrates (Artikel 52 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes),

a) die Einbringung einer Gesetzesvorlage des Bundesrates verlangt (Artikel 76 Abs. 1 und 3 des Grundgesetzes),

(Fortsetzung § 13 i.d.F. v. 31.7.1953)

- b) eine Stellungnahme zu einer Gesetzesvorlage der Bundesregierung wünscht, und welchen Inhalt die Stellungnahme haben soll (Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes),
- c) einem vom Bundestag beschlossenen Gesetz zustimmt (Artikel 78 des Grundgesetzes),
- d) den Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes stellt,
- e) nach Artikel 77 Abs. 3 des Grundgesetzes Einspruch einlegt oder ihn zurücknimmt.

Auch in allen anderen Fällen, in denen eine Zustimmung des Bundesrates erforderlich ist, muß die Abstimmung eindeutig ergeben, ob die Mehrheit der Stimmen des Bundesrates die Zustimmung erteilt.

(3) Sind zum gleichen Gegenstand mehrere Anträge gestellt, so ist über den weitestgehenden Antrag zuerst abzustimmen. Entscheidend ist der Grad der Abweichung von der Vorlage. Bei zustimmungsbürftigen Gesetzen ist über einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses vor der Entscheidung über die Zustimmung abzustimmen. In Zweifelsfällen entscheidet das Plenum.

(4) Abgestimmt wird durch Handaufheben. Auf Verlangen eines Landes wird durch Aufruf der Länder abgestimmt. Die Länder werden in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen. Als erstes Land erklärt sich Berlin.

Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuß nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß)

vom 19. April 1951

(BGBl 1951 II Seite 104 = 1D 24)

§ 1 Ständige Mitglieder

Bundestag und Bundesrat entsenden je 12* ihrer Mitglieder, die den ständigen Vermittlungsausschuß bilden.

§ 2 Vorsitz

Der Ausschuß wählt je ein Mitglied des Bundestages und des Bundesrates, die im Vorsitz vierteljährlich sich abwechseln und einander vertreten.

§ 5 Bundesregierung

Die Mitglieder der Bundesregierung haben das Recht und auf Beschluß des Ausschusses die Pflicht, an den Sitzungen teilzunehmen.

§ 7 Beschlußfähigkeit

(1) Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn die Mitglieder unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens fünf Tagen geladen und mindestens acht Mitglieder anwesend sind.

(2) Die Ladungsfrist beginnt mit der Abgabe der Ladung bei der zuständigen Geschäftsstelle im Bundeshaus.

(3) Ein Einigungsvorschlag kann nur beschlossen werden, wenn mindestens je fünf Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates anwesend sind.

§ 10 Verfahren im Bundestag

(1) Ein Einigungsvorschlag auf Änderung oder Aufhebung des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes ist alsbald auf die Tagesordnung des Bundestages zu setzen. Ein vom Ausschuß bestimmtes Mitglied berichtet im Bundestag und im Bundesrat.

(2) Der Bundestag stimmt nur über den Einigungsvorschlag ab. Zu dem Vorschlag können vor der Abstimmung Erklärungen abgegeben werden. Ein anderer Antrag zur Sache ist nicht zulässig.

§ 23

(1) Die Ausschüsse berichten dem Bundesrat über das Ergebnis ihrer Beratungen durch ein Mitglied oder mehrere Mitglieder des Ausschusses. Die Berichterstattung erfolgt in der Regel mündlich.

(2) Empfiehlt ein Ausschuß dem Bundesrat die Änderung einer Vorlage, so legt er einen formulierten Änderungsvorschlag mit Begründung vor.

(3) In Verfahren nach Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes sollen solche Einzelempfehlungen der Ausschüsse, die lediglich der Klarstellung dienen, in einem besonderen Abschnitt des Ausschußberichtes zusammengefaßt werden.

(4) In Verfahren nach Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes sollen Einzelempfehlungen, die nach Auffassung der Ausschüsse die Anrufung des Vermittlungsausschusses rechtfertigen, von solchen Empfehlungen, die nur für den Fall einer Anrufung des Vermittlungsausschusses bestimmt sind, getrennt werden.

(5) Die Ausschüsse schlagen die Mitglieder des Bundesrates oder die Beauftragten vor, die die Beschlüsse des Bundesrates in den Ausschüssen und in der Vollversammlung des Bundestages vertreten sollen.

(6) Das Präsidium kann bestimmen, daß nur der federführende Ausschuß dem Bundesrat über die Ergebnisse der Beratungen der Ausschüsse berichtet.

(3) Sieht der Einigungsvorschlag mehrere Änderungen des Gesetzesbeschlusses vor, so ist in ihm zu bestimmen, ob und inwieweit im Bundestag über Änderungen gemeinsam abzustimmen ist. Erfolgt eine Einzelabstimmung über mehrere Änderungen, so ist eine Schlußabstimmung über den Einigungsvorschlag im ganzen erforderlich.

§ 11 Verfahren im Falle eines Einigungsvorschlages auf Bestätigung des Gesetzesbeschlusses

Sieht der Einigungsvorschlag eine Bestätigung des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes vor, so bedarf es keiner erneuten Beschlußfassung durch den Bundestag. Der Vorsitzende des Ausschusses hat den Vorschlag noch am gleichen Tage dem Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates mitzuteilen.

§ 12 Abschluß des Verfahrens

(1) Wird in der zweiten wegen der gleichen Sache einberufenen Sitzung ein Einigungsvorschlag nicht beschlossen, so kann jedes Mitglied den Abschluß des Verfahrens beantragen.

(2) Das Verfahren ist abgeschlossen, wenn in der folgenden Sitzung sich keine Mehrheit für einen Einigungsvorschlag findet.

(3) Auf andere Weise kann das Verfahren ohne Einigungsvorschlag nicht abgeschlossen werden.

(4) Der Vorsitzende hat den Abschluß des Verfahrens festzustellen und noch am gleichen Tage dem Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates mitzuteilen.

* geändert durch Bekanntmachung vom 19.6.1952 (BGBl 1952 II Seite 608) in: 10; geändert durch Bekanntmachung vom 11.2.1957 (BGBl 1957 II Seite 31) in: 11.

1. Wahlperiode 1949—1953

Fraktionen, Gruppen und Parteien
im 1. Deutschen Bundestag
(s a BT-Drs 1/186, 1050, 1701, 2801)

BHE-DG	Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BP	Bayernpartei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DP	Deutsche Partei
DPB	Deutsche Partei Bayern
DRP	Deutsche Reichspartei (ab 1950 Deutsche Rechtspartei)
FDP	Freie Demokratische Partei
FU	Föderalistische Union
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
NR	Nationale Rechte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
SSW	Südschleswigsche Wählervereinigung
WAV	Wiederaufbauvereinigung
Z	Zentrum

Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949

Land	CDU/ CSU	SPD	FDP	KPD	BP	DP	DRP	SSW	WAV	Z	Unabh.
Baden	51,1	23,7	17,4	4,2	—	—	—	—	—	—	—
Bayern	29,2	22,8	8,5	4,1	20,9	—	—	—	14,4	—	0,1
Bremen	16,9	34,4	12,9	6,7	—	18,0	—	—	—	—	9,0
Hamburg	19,8	39,6	15,8	8,5	—	13,1	1,2	—	—	—	0,5
Hessen	21,3	32,1	28,0	6,7	—	—	—	—	—	—	11,9
Niedersachsen	17,6	33,4	7,5	3,1	—	17,8	8,1	—	—	3,4	8,1
Nordrhein-Westfalen	36,9	31,4	8,6	7,6	—	—	1,8	—	—	8,9	2,4
Rheinland-Pfalz	49,1	28,6	15,8	6,2	—	—	—	—	—	—	0,3
Schleswig-Holstein	30,7	29,6	7,4	3,1	—	12,1	1,9	5,4	—	0,9	7,6
Württemberg-Baden	31,0	25,2	18,2	7,4	—	—	—	—	—	—	18,0
Württemberg-Hohenzollern	59,1	18,9	15,3	5,2	—	—	—	—	—	—	—
Bundesgebiet	31,0	29,2	11,9	5,7	4,2	4,0	1,8	0,3	2,9	3,1	4,8

Ausschüsse des Deutschen Bundestages — 1. Wahlperiode

1. Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung
2. Wahlprüfungsausschuß
3. Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität
4. Organisationsausschuß
5. Ausschuß zum Schutze der Verfassung
6. Ausschuß für Petitionen
7. Ausschuß für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten. Ab 3.6.1953: Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten
8. Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen
9. Ausschuß für Berlin
10. Haushaltsausschuß
11. Ausschuß für Finanz- und Steuerfragen
12. Ausschuß für Geld und Kredit
13. Ausschuß für Wirtschaftspolitik
14. Ausschuß für Außenhandelsfragen
15. Ausschuß für ERP-Fragen
16. Ausschuß für Patentrecht und gewerblichen Rechtsschutz
17. Ausschuß für Lastenausgleich
18. Ausschuß für Wiederaufbau und Wohnungswesen
19. Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
20. Ausschuß für Arbeit
21. Ausschuß für Sozialpolitik
22. Ausschuß für Heimatvertriebene
23. Ausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht
24. Ausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung
25. Ausschuß für Beamtenrecht
26. Ausschuß für Kriegsoffer- und Kriegsgefangenenfragen
27. Ausschuß für Verkehrswesen
28. Ausschuß für Post- und Fernmeldewesen
29. Ausschuß für Grenzlandfragen
30. Ausschuß für innergebietliche Neuordnung
31. Ausschuß für Fragen der öffentlichen Fürsorge
32. Ausschuß für Fragen des Gesundheitswesens
33. Ausschuß für Fragen der Jugendfürsorge
34. Ausschuß für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films
35. Ausschuß gemäß Artikel 15 des Grundgesetzes
36. Ausschuß für Bau- und Bodenrecht
37. Ausschuß für Kulturpolitik
39. Büchereiausschuß, später Büchereibeirat
40. Untersuchungsausschuß zur Überprüfung und Klärstellung der bisherigen Einfuhren in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und in das Gebiet der Bundesrepublik
41. Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Verhältnisse auf dem Gebiet des Kraftstoffvertriebes
42. Untersuchungsausschuß zur Prüfung der im Raume Bonn vergebenen Aufträge
43. Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Ursachen der Grubenkatastrophe auf Zeche „Dahlbusch“, Gelsenkirchen
44. Untersuchungsausschuß gemäß Drucksache Nr. 1397 (neu) — Spiegel-Ausschuß
45. Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Entwendung vertraulicher Dokumente aus dem Bundeskanzleramt
46. Untersuchungsausschuß gemäß Drucksache Nr. 2657 — Platow-Ausschuß
47. Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Personalpolitik im auswärtigen Dienst
48. Ausschuß für Kommunalpolitik
49. Untersuchungsausschuß zur Prüfung der unzulänglichen Einstellung von Schwerbeschädigten bei den Bundesdienststellen
50. Ausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit
51. Ausschuß zur Beratung des Personalvertretungsgesetzes
52. Wahlrechtsausschuß
53. Ausschuß „Londoner Schuldenabkommen“

A

Abgabenbegünstigung
s Diplomatische Vertretungen**Abgabenordnung**
s Reichsabgabenordnung**Abgeordnete**

s a Grundgesetz — Art 46 a

– *GesEntw über die Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes*

1. und 2. Durchgang

BR-Drs 280/50 = 25 F 10

BR-Drs 408/50 = 29 D 14

BR-Drs 344/51 = 52 F 7

Zustimmung des Bundesrates

BR-Drs 395/51 = 53 C 8

BR-PIPr 23 = 2 A 11

BR-PIPr 55 = 3 L 11

GesEntw der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und DP

BT-Drs 1/720 = 41 D 4

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/1153 = 44 N 12

Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht

BT-Drs 1/1880 = 52 G 10

BT-Drs 1/2106 = 55 H 1

1. Beratung

BT-PIPr 1/52 = 5 K 4

BT-PIPr 1/80 = 8 F 14

2. und 3. Beratung

BT-PIPr 1/133 = 13 L 5

– *GesEntw über die Unzulässigkeit von Doppelmandaten*

GesEntw der Abgeordneten Dr. Jaeger, Stücklen und Genossen

BT-Drs 1/724 = 41 D 7

Bericht und Antrag des Ausschusses zum Schutze der Verfassung

BT-Drs 1/1415 = 48 C 2

1. Beratung

BT-PIPr 1/58 = 6 E 6

– *GesEntw über die Freistellung von Abgeordneten des Deutschen Bundestags von Haftpflichtansprüchen*

GesEntw der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, DP, BP, WAV und des Zentrums

BT-Drs 1/1417 = 48 C 4

1. und 2. Beratung

BT-PIPr 1/91 = 9 H 5

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht

BT-Drs 1/1780 = 51 H 6

Beratung

BT-PIPr 1/117 = 12 B 2

– *GesEntw über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes*

BR-Durchgang

BR-Drs 242/53 = 106 G 12

BR-PIPr 110 = 7 I 5

GesEntw der Fraktionen der CDU/CSU, FDP, DP und FU

BT-Drs 1/4306 = 82 A 2

Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht

BT-Drs 1/4370 = 83 C 6

1. Beratung

BT-PIPr 1/266 = 33 C 6

2. und 3. Beratung

BT-PIPr 1/267 = 33 F 5

Abgeordnetenbezüge
s Bundestag, Deutscher**Abgeschlossenheitsbescheinigung**

– Richtlinien für die Ausstellung von Bescheinigungen gem § 7 Abs. 4 Nr. 2 und § 32 Abs 2 Nr. 2 des Wohnungseigentumsgesetzes

BR-Drs 532/51 = 56 G 12

Abtreibung

– s GesEntw über die Aufhebung einiger Polizeiverordnungen auf dem Gebiet des Verkehrs mit Arzneimitteln

BR-Drs 222/51 = 50 B 14

BT-Drs 1/2818 = 61 E 5

– s Entwurf eines 3. *Strafrechtsänderungsgesetzes* (Strafrechtsbereinigungsgesetzes)

BR-Drs 287/52 = 83 C 14

BT-Drs 1/3713 = 72 B 5

Adoption

s a Gleichberechtigung,

Familienrechtsgesetz

– *GesEntw zur Erleichterung der Annahme an Kindes Statt*

1. und 2. Durchgang

BR-Drs 274/49 = 13 K 1

BR-Drs 324/49 = 14 L 14

BR-Drs 361/49 = 15 E 2

BR-Drs 476/50 = 30 L 13

BR-Drs 516/50 = 31 N 7

BR-PIPr 10 = 1 F 14

BR-PIPr 26 = 2 C 12

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/446 = 39 C 4

Bericht des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht

BT-Drs 1/581 = 40 C 12

Änderungsantrag des Ausschusses für Fragen der Jugendfürsorge zur 2. Beratung

BT-Drs 1/1078 = 43 N 14

1. Beratung

BT-PIPr 1/34 = 3 K 8

2. und 3. Beratung

BT-PIPr 1/72 = 7 I 12

– *GesEntw über die Vermittlung der Annahme an Kindes Statt*

1. und 2. Durchgang

BR-Drs 459/50 = 30 G 6

BR-Drs 517/50 = 31 N 8

BR-Drs 143/51 = 49 D 6

BR-Drs 200/51 = 49 N 9

BR-PIPr 26 = 2 C 12

BR-PIPr 51 = 3 H 4

BR-PIPr 51 = 3 H 4

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/1173 = 45 A 5

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht

BT-Drs 1/1848 = 52 D 9

1. Beratung

BT-PIPr 1/80 = 8 F 14

2. und 3. Beratung

BT-PIPr 1/117 = 12 B 2

– *GesEntw über die Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes zur Erleichterung der Annahme an Kindes Statt*

1. und 2. Durchgang

BR-Drs 427/52 = 90 J 8

BR-Drs 42/53 = 96 J 13

BR-PIPr 95 = 6 I 14

BR-PIPr 100 = 6 O 7

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/3931 = 75 J 12

1., 2. und 3. Beratung

BT-PIPr 1/246 = 29 N 12

– Entwurf einer Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vermittlung der Annahme an Kindes Statt

BR-Drs 15/52 = 67 F 9

BR-PIPr 79 = 5 H 9

BR-PIPr 89 = 6 B 7

Ägypten, Königreich– *GesEntw über das Handelsabkommen Bundesrepublik Deutschland/Königreich Ägypten*

1. und 2. Durchgang

BR-Drs 499/51 = 55 J 5

BR-Drs 701/51 = 62 K 11

BR-PIPr 61 = 4 D 3

BR-PIPr 71 = 4 N 13

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/2410 = 57 O 3

Bericht und Antrag des Ausschusses für Außenhandelsfragen

BT-Drs 1/2661 = 60 C 1

1. Beratung

BT-PIPr 1/162 = 17 E 6

2. und 3. Beratung

BT-PIPr 1/168 = 18 A 8

– Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine kleine Anfrage betr Schutz deutscher Interessen im Ausland

BT-Drs 1/3174 = 64 E 2

Ältestenrat

– Bildung und Einberufung

BT-PIPr 1/1 = 1 A 6

Agrarpolitik

– Ausführungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu: Ernährungswirtschaft und Agrarpolitik

BR-Drs 138/49 = 11 E 4

– Anordnung über die Eigenversorgung mit bewirtschafteten Erzeugnissen

BR-Drs 258/50 = 24 O 4

– Empfehlung des Agrarausschusses zur Liberalisierung auf dem Agrarsektor

BR-Drs 217/53 = 104 J 4

– Ersuchen an die Bundesregierung betr Liberalisierung auf dem Agrarsektor

BR-Drs 313/53 = 109 I 8

Aktiengesetz

s Deutsche Mark, Handelsrechtliches Bereinigungsgesetz, Wertpapiere

Allgemeine Ortskrankenkassen

Allgemeine Ortskrankenkassen
s Krankenversicherung, gesetzliche

Allgemeiner Lastenausgleich
s Lastenausgleich

Allgemeines Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarats
s Europarat

Allgemeines Eisenbahngesetz
– Entw eines Allgemeinen Eisenbahngesetzes
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 622/50 = 35 D 5
BR-Drs 640/50 = 35 K 12
BR-Drs 667/50 = 36 C 4
BR-Drs 1044/50 = 43 M 4
BR-PIPr 33 = 2 G 2
BR-PIPr 43 = 3 A 8
Vermittlungsverfahren:
BR-Drs 1025/50 = 43 J 14
BR-Drs 1057/50 = 43 N 10
BR-Drs 94/51 = 48 I 1
BR-Drs 122/51 = 49 A 10
BR-PIPr 49 = 3 E 12

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/1342 = 47 D 1
Bericht und Antrag des Ausschusses für Verkehrswesen
BT-Drs 1/1640 = 50 I 2
Einberufung des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/1716 = 51 A 10
Bericht und Antrag des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/1801 = 51 L 1
1. Beratung
BT-PIPr 1/93 = 9 J 14
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/107 = 10 O 7
Beratung des Berichts des Vermittlungsausschusses
BT-PIPr 1/116 = 11 O 12

Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
– GesEntw über das Protokoll von Torquay und den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen vom 30.10.1947

1. und 2. Durchgang
BR-Drs 497/51 = 55 H 10
BR-Drs 582/51 = 58 B 12
BR-PIPr 60 = 4 C 1
BR-PIPr 63 = 4 F 10

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/2400 = 57 M 6
Bericht und Antrag des Ausschusses für Außenhandelsfragen
BT-Drs 1/2425 = 58 B 4
1. Beratung
BT-PIPr 1/156 = 16 E 12
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/160 = 16 M 13
– GesEntw über das 1. Berichtigungs- und Änderungsprotokoll zu den Zollzugeständnislisten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT)

1. und 2. Durchgang
BR-Drs 52/52 = 62 C 2
BR-Drs 244/52 = 81 A 1
BR-PIPr 79 = 5 H 9
BR-PIPr 88 = 6 A 10

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/3176 = 64 E 5
Bericht und Antrag des Ausschusses für Außenhandelsfragen
BT-Drs 1/3377 = 66 M 6
1. Beratung
BT-PIPr 1/206 = 23 A 1
2. und 3. Beratung
BR-PIPr 1/217 = 24 H 14
– GesEntw über das 2. Berichtigungs- und Änderungsprotokoll zu den Zollzugeständnislisten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT)
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 62/53 = 97 H 12
BR-Drs 303/53 = 109 C 6
BR-PIPr 101 = 7 A 14
BR-PIPr 111 = 7 J 4

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/4159 = 78 G 6
Bericht und Antrag des Ausschusses für Außenhandelsfragen
BT-Drs 1/4399 = 83 J 8
1. Beratung
BT-PIPr 1/258 = 31 N 1
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/273 = 34 E 7
– s a GesEntw über das 1. Protokoll über zusätzliche Zugeständnisse zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen Bundesrepublik Deutschland / Südafrikanische Union
BR-Drs 789/51 = 64 N 14
BT-Drs 1/3027 = 62 O 11
– s a GesEntw über das 2. Protokoll über zusätzliche Zugeständnisse zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Österreich und Bundesrepublik Deutschland)
BR-Drs 98/53 = 100 C 9
BT-Drs 1/4237 = 79 K 4

Allgemeinverbindlicherklärung
s GesEntw zur Änderung des Tarifvertragsgesetzes
BR-Drs 423/51 = 53 H 11
BT-Drs 1/2396 = 57 K 11

Alliierte Hohe Kommission

– Antrag der Fraktion der KPD betr Memorandum der amerikanischen Hohen Kommission an die Bundesregierung
BT-Drs 1/2086 = 54 L 12
– Stellungnahme der Alliierten Hohen Kommission zum Ges zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes
BR-Drs 283/50 = 25 J 13
– Antrag der Fraktion der SPD betr Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zum Abkommen zwischen dem Bundeskanzler und der Hohen Kommission
BT-Drs 1/233 = 37 M 4

Alliierte Kohle- und Stahlkontrollgruppe
s Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Alliierter Unterausschuß
– Übersicht über die allg. Rechts- und Haushaltslage und über Verhandlungen mit dem Alliiert. Unterausschuß für Besatzungsfragen
BT-Drs 1/1308 = 46 J 5
BT-PIPr 1/82 = 8 M 7

Altersversorgung für das Handwerk
s Handwerk

Alpenverein e.V. München
– Verwaltungsanordnung über die besondere Anerkennung steuerbegünstigter Zwecke und Einrichtungen
BR-Drs 859/50 = 40 N 3

Altbauwohnungen
– VO über einen allgemeinen Mietzuschlag bei Wohnraum des Althausbesitzes
BR-Drs 104/52 = 72 E 7

Altersversorgung
s Rentenversicherung

Altsparer
s Sparguthaben

Amerika
s Vereinigte Staaten

Amerikanische Militärregierung
s Militärregierung, amerikanische

Amnestie
s a Entnazifizierung, Straffreiheit
– Entwurf eines Amnestiegesetzes aus Anlaß der Konstituierung der Bundesrepublik und ihrer Organe
GesEntw der Fraktion des Zentrums
BT-Drs 1/17 = 37 B 9
BT-Drs 1/270 = 38 B 12
BT-PIPr 1/12 = 1 J 14
BT-PIPr 1/19 = 2 E 10
– Antrag der Fraktion der WAV betr Erlaß einer allgemeinen Amnestie
BT-Drs 1/26 = 37 C 2
– Antrag der Fraktion des Zentrums betr disziplinarrechtliche Amnestie
BT-Drs 1/182 = 37 I 13
– Antrag der Abgeordneten Dr. Richter, von Thadden und Genossen betr Amnestie der von Spruchkammerentscheidungen Betroffenen
BT-Drs 1/192 = 37 K 5
– Bericht und Antrag des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunität betr Aufhebung der Immunität in Amnestiefällen
BT-Drs 1/1732 = 51 D 6
BT-PIPr 1/109 = 11 E 9

- Antrag der Fraktion der Bayernpartei betr Amnestie für den Besitz von Sport- und Jagdwaffen
BT-Drs 1/2021 = 54 E 5
Bericht und Antrag des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten
BT-Drs 1/2370 = 57 G 5
Schreiben des Bundeskanzlers
BT-Drs 1/3127 = 63 L 7
- Antrag der Fraktion der Bayernpartei betr Waffenamnestie
BT-Drs 1/2633 = 59 O 11
- Niederschrift über die 11. Sitzung des Justizkollegiums am 17./18.10.1949
BR-Drs 82/49 = 10 H 5

Amtshilfe

- s GesEntw über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen
BR-Drs 344/52 = 85 M 10
BT-Drs 1/3820 = 73 L 11

Angestellte

- s Bundesversicherungsanstalt für Angestellte

Angestellte im öffentlichen Dienst

- s Beamtenrecht,
Beamtenbesoldung,
Öffentlicher Dienst

Angestelltenversicherung

- s Rentenversicherung

Anleihen

- Entwurf eines Anleihe-Gesetzes von 1950
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 824/50 = 39 M 1
BR-Drs 891/50 = 41 G 3
BR-Drs 176/51 = 49 H 13
BR-Drs 212/51 = 50 A 5
BR-PIPr 38 = 2 L 10
BR-PIPr 51 = 3 H 4
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/1576 = 49 N 14
Bericht und Antrag des Ausschusses für Geld und Kredit
BT-Drs 1/1876 = 52 G 2
1. Beratung
BT-PIPr 1/104 = 10 H 9
2. Beratung
BT-PIPr 1/118 = 12 D 2
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/120 = 12 G 6
- s a Verwaltungsanordnung über die Anerkennung des Erwerbs der Anleihe der... als steuerbegünstigter Kapitalan-sammelungsvertrag
- s a Kapitalmarktförderung

Anliegerrecht

- s Bundesbaugesetz

Annahme an Kindes Statt

- s Adoption

Antibiotika

- s a Bewirtschaftungsnotgesetz
- VO über die Lagerbuchführung, die statistische Erfassung der Erzeugung, des Absatzes, der Bestände und der Einfuhrverträge von Antibiotika (VO Chemie II/51)
BR-Drs 230/51 = 50 E 3

Anwaltsrecht

- s Fristen, Kostenrecht, Rechtsanwalt

Anwerbung von Arbeitskräften

- s GesEntw betr die Vereinbarung Bundesrepublik Deutschland/Frankreich über die Anwerbung von deutschen Arbeitskräften für Frankreich
BR-Drs 723/50 = 37 G 9
BT-Drs 1/1481 = 48 L 8

Apotheken

- Entschließung des Bundesrates für eine bundeseinheitliche Regelung des Apothekenwesens
BR-Drs 564/51 = 57 K 3
BR-PIPr 64 = 4 G 5
BR-PIPr 69 = 4 L 6
- GesEntw über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 226/52 = 80 G 7
BR-Drs 295/52 = 83 J 14
BR-PIPr 87 = 6 A 1
BR-PIPr 89 = 6 B 7

GesEntw der Fraktionen der CDU/CSU, FDP, DP/DPB und FU (BP-Z)

- BT-Drs 1/3374 = 66 M 1
Bericht und Antrag des Ausschusses für Fragen des Gesundheitswesens
BT-Drs 1/3413 = 67 G 8
Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundesrates betr Einberufung des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/3491 = 68 J 14
Bericht und Antrag des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/3587 = 70 D 2
Schreiben des Bundeskanzlers
BT-Drs 1/3970 = 75 N 11
1. Beratung
BT-PIPr 1/215 = 24 F 6
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/216 = 24 G 9
- GesEntw zur Änderung des Ges über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 152/53 = 102 F 7
BR-Drs 269/53 = 108 A 3
BR-PIPr 105 = 7 E 8
BR-PIPr 111 = 7 J 4

- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/4299 = 81 L 13
Bericht und Antrag des Ausschusses für Fragen des Gesundheitswesens
BT-Drs 1/4377 = 83 E 7
1. Beratung
BT-PIPr 1/265 = 33 C 6
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/271 = 34 A 8

- GesEntw über das Apothekenwesen

- GesEntw der Fraktion der CDU/CSU
BT-Drs 1/2428 = 58 B 8

1. Beratung

- BT-PIPr 1/164 = 17 H 4
- VO zur Änderung der Bestellungsordnung für Apotheker
BR-Drs 606/51 = 58 L 11
- Bericht des Ausschusses für Rechtswesen betr Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht über Regelung der vorläufigen Zulassung von Apotheken
BT-Drs 1/4459 = 87 A 14
BT-PIPr 1/280 = 35 J 14

Approbationsordnung für Ärzte

- s GesEntw zur Anpassung der Facharztordnung für die deutschen Ärzte an die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft und Praxis
BR-Drs 750/51 = 64 C 5
BT-Drs 1/2255 = 56 G 14

Arabische Länder

- Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine kleine Anfrage betr Vertretung der Bundesrepublik in den arabischen Ländern
BT-Drs 1/3659 = 71 J 1

Arbeiter im öffentlichen Dienst

- s Beamtenrecht,
Beamtenbesoldung

Arbeitgeber

- s a Betriebsverfassungsgesetz
- Antrag der CDU/CSU betr. Neuordnung der Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber
BT-Drs 1/117 = 37 F 8
BT-PIPr 1/15 = 1 N 4

Arbeitnehmer

- s Betriebsverfassungsgesetz,
Internationale Arbeitsorganisation

Arbeitnehmererfindung

- s Erfindung

Arbeitnehmerschutz

- s a Betriebsverfassung, Erfindungen, Jugendliche
- GesEntw auf Aufhebung des Erlasses des Reichsarbeitsministers vom 10. November 1933, des sogenannten Führererlasses vom 21. Dezember 1938 und der Verordnung über den Arbeitseinsatz vom 25. März 1939
GesEntw der Fraktion der SPD
BT-Drs 1/1270 = 45 L 1
Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/3565 = 69 L 10
1. Beratung
BT-PIPr 1/85 = 9 A 12
2. Beratung
BT-PIPr 1/226 = 26 B 13

Arbeitsamt

- Antrag der Abgeordneten Aumer, von Aretin und Genossen betr Kontrollmaßnahmen bei den Arbeitsämtern
BT-Drs 1/537 = 39 L 12
Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/722 = 41 D 6
Beratung
BT-PIPr 1/60 = 6 G 12

Arbeitsbedingungen

- s GesEntw über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen
BR-Drs 757/51 = 64 D 11
BT-Drs 1/525 = 39 K 14

Arbeitsbeschaffung

- GesEntw über die Finanzierung eines Sofortprogramms zur Arbeitsbeschaffung im Rechnungsjahr 1951
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 556/51 = 57 B 12
BR-Drs 745/51 = 64 A 11
BR-PIPr 65 = 4 H 9
BR-PIPr 73 = 5 B 3

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/2533 = 59 B 12

Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit

BT-Drs 1/2749 = 60 L 6

1. Beratung

BT-PIPr 1/162 = 17 E 6

2. und 3. Beratung

BT-PIPr 1/174 = 18 J 14

- Entw eines Ges über die verstärkte Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
BR-Durchgang
BR-Drs 285/53 = 108 I 4
BR-PIPr 112 = 7 K 1

GesEntw der Fraktionen der CDU/CSU und DP

BT-Drs 1/4302 = 81 N 6

Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit

BT-Drs 1/4434 = 83 N 13

1. Beratung

BT-PIPr 1/265 = 33 A 9

2. und 3. Beratung

BR-PIPr 1/272 = 34 C 5

- Antwort des Bundesministers der Finanzen auf eine Anfrage zur Relombardierung der zwischen der Bundesbahn und der bayerischen Staatsregierung getroffenen Abkommen
BT-Drs 1/1005 = 43 F 14

- Antwort des Bundesministers für Wirtschaft auf eine Anfrage betr Zuteilung von Krediten an das Handwerk und Kleinbetriebe in Bayern
BT-Drs 1/1279 = 45 N 12

- Antrag der Fraktion der SPD betr Kreditmittel für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm
BT-Drs 1/1169 = 44 O 14

- Antrag der Fraktion der Deutschen Partei betr Arbeitsplätze für Jugendliche

und ältere Angestellte

BT-Drs 1/2977 = 62 K 6

Arbeitseinkommen

- s GesEntw zur Änderung von Vorschriften über den Pfändungsschutz für Arbeitseinkommen
BR-Drs 662/51 = 61 J 1
BT-Drs 1/2917 = 62 E 7

Arbeitsgerichtsbarkeit

- Entschließungsantrag zur Errichtung des Bundesarbeitsgerichts
BR-Drs 3/51 = 46 B 2
BR-Drs 66/51 = 47 D 8
- GesEntw über die Errichtung des Bundesarbeitsgerichts
BR-Drs 968/50 = 42 L 9
BR-PIPr 41 = 2 O 4

Arbeitsgerichtsgesetz

- Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 738/51 = 63 J 11
BR-Drs 284/53 = 108 F 8
BR-PIPr 74 = 5 D 5
BR-PIPr 112 = 7 K 1
Vermittlungsverfahren:
BR-Drs 426/53 = 113 M 2
BR-PIPr 114 = 7 M 2

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/3516 = 69 B 10

Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit

BT-Drs 1/4372 = 83 D 1

Schreiben des Präsidenten des Bundesrates betr Einberufung des Vermittlungsausschusses

BT-Drs 1/4652 = 87 I 3

Bericht und Antrag des Vermittlungsausschusses

BT-Drs 1/4657 = 87 I 10

1. Beratung

BT-PIPr 1/229 = 26 L 13

2. Beratung

BT-PIPr 1/269 = 33 K 2

BT-PIPr 1/270 = 33 M 3

3. Beratung

BT-PIPr 1/272 = 34 C 5

Beratung des Antrags des Vermittlungsausschusses

BT-PIPr 1/282 = 36 C 1

- GesEntw zur Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 23. Dezember 1926
GesEntw der Fraktion der FDP

BT-Drs 1/1636 = 50 H 12

1. Beratung

BT-PIPr 1/107 = 10 O 7

Arbeitsförderung

- VO zur Durchführung des § 26 des Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) (betr Arbeits- und Berufsförderung)
BR-Drs 619/51 = 59 E 8

Arbeitskräfte

- VO über eine Statistik der familieneigenen Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben
BR-Drs 450/53 = 114 L 4

Arbeitskräfteaustausch, internationaler s Gastarbeitnehmer

Arbeitslose

s a Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

- GesEntw zur Änderung des § 74 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
GesEntw der Fraktion der KPD
BT-Drs 1/873 = 42 C 11
1. Beratung
BT-PIPr 1/76 = 7 M 5

- GesEntw zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 113/51 = 48 K 11
BR-Drs 164/51 = 49 F 3
BR-Drs 248/51 = 50 I 14
BR-Drs 278/51 = 50 L 1
BR-PIPr 50 = 3 F 8
BR-PIPr 52 = 3 I 14

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/2007 = 54 D 2

1., 2. und 3. Beratung

BT-PIPr 1/127 = 13 A 11

- GesEntw über die Bemessung und Höhe der Arbeitslosenfürsorgeunterstützung
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 114/51 = 48 L 2
BR-Drs 165/51 = 49 F 4
BR-Drs 247/51 = 50 I 13
BR-Drs 279/51 = 50 L 2
BR-PIPr 50 = 3 F 8
BR-PIPr 52 = 3 I 14

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/2008 = 54 D 6

1.—3. Beratung

BT-PIPr 1/127 = 13 A 11

- GesEntw zur Abänderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (betr Arbeitslosenversicherungspflicht und Arbeitslosenversicherungsfreiheit der Lehrlinge)
Antrag des Landes Niedersachsen
BR-Drs 343/51 = 52 F 6

- GesEntw zur Abänderung von Bestimmungen in dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vom 16. Juli 1927 in der zur Zeit geltenden Fassung
GesEntw der Fraktion der KPD
BT-Drs 1/1958 = 53 M 3
1. Beratung
BT-PIPr 1/127 = 13 A 11

- GesEntw über das Abkommen Bundesrepublik Deutschland/Republik Österreich über Arbeitslosenversicherung
BR-Drs 637/51 = 60 I 10
BR-PIPr 68 = 4 K 3
Zurücknahme des GesEntw
BR-Drs 698/51 = 62 J 10

- GesEntw zum Abkommen Bundesrepublik Deutschland / Republik Österreich über Arbeitslosenversicherung
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 39/52 = 67 O 9
BR-Drs 251/52 = 81 H 3

- BR-PIPr 78 = 5 G 11
BR-PIPr 88 = 6 A 10
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/3125 = 63 K 6
Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/3417 = 67 G 11
1. Beratung
BT-PIPr 1/198 = 22 A 10
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/219 = 24 M 1
- *GesEntw über die Änderung von Bestimmungen in dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung* (betr Versicherungsfreiheit für Lehrlings-Ausbildungsverhältnisse)
BR-Durchgang
BR-Drs 441/52 = 91 I 9
BR-PIPr 96 = 6 J 8
GesEntw der Fraktion der SPD
BT-Drs 1/1322 = 46 L 2
Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/3730 = 72 F 8
2. Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/4435 = 83 O 1
1. Beratung
BT-PIPr 1/87 = 9 C 12
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/236 = 27 M 1
 - *GesEntw über die Erhöhung der Einkommensgrenzen in der Sozialversicherung und in der Arbeitslosenversicherung*
BR-Drs 85/52 = 71 E 11
BR-Drs 309/52 = 84 C 2
BR-PIPr 80 = 5 I 14
BR-PIPr 90 = 6 C 3
GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/3350 = 66 I 13
Bericht und Antrag des Ausschusses für Sozialpolitik
BT-Drs 1/3600 = 70 I 8
1. Beratung
BT-PIPr 1/213 = 24 B 14
2. Beratung
BT-PIPr 1/225 = 25 N 2
3. Beratung
BT-PIPr 1/227 = 26 E 10
 - *GesEntw über die Anrechnung von Renten in der Arbeitslosenfürsorge* (betr Kriegsopfer- und Unfallrenten)
BR-Drs 157/52 = 74 F 7
BR-PIPr 83 = 5 L 3
 - *GesEntw über die Anrechnung von Renten in der Arbeitslosenfürsorge*
BR-Durchgang
BR-Drs 176/53 = 103 H 10
BR-PIPr 106 = 7 G 3
Vermittlungsverfahren:
BR-Drs 263/53 = 107 N 1
BR-PIPr 110 = 7 I 5
GesEntw der Fraktion der DP/DPB
BT-Drs 1/3837 = 74 A 7
GesEntw der Fraktion der SPD
BT-Drs 1/3845 = 74 C 13
Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/4166 = 78 I 5
 - Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundesrates betr Einberufung des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/4330 = 82 G 4
Bericht und Antrag des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/4408 = 83 K 4
1. Beratung beider GesEntw
BT-PIPr 1/238 = 28 B 8
2. Beratung
BT-PIPr 1/243 = 29 H 9
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/260 = 32 C 9
 - *GesEntw zur Änderung und Ergänzung von Strafbestimmungen der Reichsversicherungsordnung und des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung*
Gesetzesantrag der Freien und Hansestadt Hamburg
(später zurückgezogen)
BR-Drs 476/52 = 92 N 11
 - *GesEntw über die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und der Arbeitslosenfürsorgeunterstützung*
Antrag Hamburgs
BR-Drs 179/53 = 103 I 3
 - *GesEntw zur Änderung und Ergänzung von Vorschriften auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge*
BR-Durchgang
BR-Drs 364/53 = 112 E 6
BR-PIPr 113 = 7 K 14
GesEntw der Fraktion der SPD
BT-Drs 1/4301 = 81 N 5
Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/4587 = 86 N 6
1. Beratung
BT-PIPr 1/265 = 33 A 9
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/280 = 35 J 14
BR-PIPr 117 = 7 O 6
 - *GesEntw über das Abkommen Bundesrepublik Deutschland / Italienische Republik über Arbeitslosenversicherung*
1. Durchgang
BR-Drs 514/53 = 123 D 12
 - VO über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der hessischen VO über die Arbeitslosenfürsorge
BR-Drs 402/50 = 29 B 14
BR-Drs 448/50 = 30 E 3
 - VO über die Änderung und Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Hessischen VO über die Arbeitslosenfürsorge
BR-Drs 918/50 = 41 O 6
BR-Drs 988/50 = 43 B 4
 - Entschließung des Bundesrates zur Errechnung der Höhe der Arbeitslosenunterstützung
BR-Drs 13/51 = 46 B 14
 - VO zur Änderung der VO des Landes Württemberg-Hohenzollern über die Arbeitslosenfürsorge
BR-Drs 736/51 = 63 J 11
 - Antrag der Abgeordneten Renner und Genossen zur Verwendung der Mittel des Arbeitslosenstocks
BT-Drs 1/204 = 37 K 11
 - Bericht des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/315 = 38 F 2
Beratung
BT-PIPr 1/25 = 2 M 13
 - Antrag der Abgeordneten Renner und Genossen
Befreiung von Rundfunkgebühren für Erwerbslose
BT-Drs 1/205 = 37 K 11
Bericht des Ausschusses für Post- und Fernmeldewesen
BT-Drs 1/509 = 39 J 9
BT-PIPr 1/43 = 4 I 13
Schreiben des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen
BT-Drs 1/2224 = 56 D 6
 - Antrag der Abgeordneten Renner und Genossen
betr einmalige Winterbeihilfe für Erwerbslose
BT-Drs 1/209 = 37 K 13
BT-PIPr 1/19 = 2 E 10
Bericht und Antrag des Haushaltsausschusses
BT-Drs 1/1001 = 43 F 12
BT-PIPr 1/72 = 7 I 12
 - Antwort des Bundesministers für Arbeit auf eine Anfrage zur Arbeitslosenunterstützung
BT-Drs 1/372 = 38 L 11
 - Antwort des Bundesministers für Arbeit auf eine Anfrage der Fraktion der BP zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
BT-Drs 1/694 = 40 N 13
BT-PIPr 1/47 = 4 O 8
 - Antwort des Bundesministers für Angelegenheiten des Bundesrates auf eine Anfrage zu den Rechten der Arbeiter und Angestellten der früheren Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
BT-Drs 1/872 = 42 C 10
 - Antwort des Bundesministers für Wirtschaft auf eine Anfrage betr Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung für das Kurhessische Kupfer-Schiefer-Bergwerk in Sontra
BT-Drs 1/977 = 43 A 6
Interpellation der Abgeordneten Dr. Arndt und Fraktion der SPD
BT-Drs 1/1027 = 43 H 14
 - Antwort des Bundesministers für Wirtschaft auf eine Anfrage zur Verstärkung der Arbeitslosigkeit unter den Schwerbeschädigten durch Fortsetzung der Demontage
BT-Drs 1/1410 = 48 B 13
 - Antrag der Fraktion der SPD
betr Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
BT-Drs 1/406 = 38 O 7
BT-PIPr 1/36 = 3 N 7
Antrag der Fraktion des Zentrums
betr Studienkommission zur Erforschung der Möglichkeiten im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit
BT-Drs 1/503 = 39 J 2
BT-PIPr 1/40 = 4 F 3
 - Antrag der Fraktion des Zentrums zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
BT-Drs 1/534 = 39 L 10
 - Antrag der Fraktion des Zentrums
betr Zahlung von Arbeitslosenunterstützung
BT-Drs 1/648 = 40 L 10

- Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/898 = 42 G 12
Beratung des Berichts des Arbeitsausschusses
BT-PIPr 1/65 = 7 A 8
- Interpellation der Abgeordneten Kurlbaum und Fraktion der SPD betr Kreditmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
BT-Drs 1/954 = 42 K 13
BT-PIPr 1/75 = 7 M 5
 - Antrag der Abgeordneten Frommhold, von Thadden und Genossen betr Errechnung der Arbeitslosen- bzw Arbeitslosenfürsorgeunterstützung
BT-Drs 1/1062 = 43 M 4
 - Antrag der Fraktion der KPD betr Erhöhung von Unterstützungssätzen
BT-Drs 1/1434 = 48 F 6
Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/2128 = 55 I 3
 - Antrag der Fraktion der KPD betr Verbilligung von Strom und Gas für Hauptunterstützungsempfänger
BT-Drs 1/1545 = 49 I 1
 - Antrag der Abgeordneten Dr. Ott, Tichi und Genossen betr Arbeitslosenfürsorgeunterstützung
BT-Drs 1/1768 = 51 G 5
Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/2127 = 55 I 2
 - Antrag der Abgeordneten Dr. Ott, Wessel und Fraktion des Zentrums betr Erhöhung der Beträge für alle Unterstützungsempfänger
BT-Drs 1/1863 = 52 F 7
Bericht und Antrag des Ausschusses für Sozialpolitik
BT-Drs 1/2631 = 59 O 10
 - Antrag der Fraktion der Deutschen Partei betr Produktive Erwerbslosenfürsorge
BT-Drs 1/2753 = 60 L 11
 - Antrag der Fraktion der SPD betr Änderung des Gesetzes über Bemessung und Höhe der Arbeitslosenfürsorgeunterstützung
BT-Drs 1/4412 = 83 K 7
 - Interpellation der Abgeordneten Dr. Frey, Dr. von Brentano und der Fraktion der CDU/CSU betr Arbeitslosigkeit im Grenzkreis Kleve
BT-Drs 1/712 = 41 C 3
BT-PIPr 1/60 = 6 G 12
 - Antrag der Freien Hansestadt Bremen betr Überprüfung der Unterstützungsleistungen der Arbeitslosenversicherung
BR-Drs 156/50 = 22 D 8
 - Entscheidung der Bundesregierung über den Übergang der Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 115 Abs 1 des Hessischen Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf den Bundesminister für Arbeit
BR-Drs 562/50 = 32 K 8
Zustimmung des Bundesrates
BR-Drs 651/50 = 35 L 12

Arbeitslosenfürsorge

- s GesEntw über die einstweilige Gewährung einer Teuerungszulage zur Abgeltung von Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln (*Teuerungszulagegesetz*)
BR-Drs 452/51 = 53 O 7
BT-Drs 1/2463 = 58 G 4
- s GesEntw zur Ergänzung des 1. Gesetzes zur *Überleitung* von Lasten und Deckungsmitteln auf den Bund (*1. Überleitungsgesetz*)
(betr Erstattung von Aufwendungen für Arbeitslosenfürsorge)
BR-Drs 471/52 = 92 I 6
BT-Drs 1/4007 = 76 F 6

Arbeitslosenversicherung

- s Arbeitslose, Heimkehrergesetz, Sozialversicherungsabkommen
- s GesEntw über den Ablauf der durch Kriegsvorschriften gehemmten Fristen in der Sozial- und Arbeitslosenversicherung (*Sozialversicherung*)
BR-Drs 168/52 = 75 C 10
BT-Drs 1/3597 = 70 G 13

Arbeitsmarkt

- s GesEntw betr das Übereinkommen der *Internationalen Arbeitsorganisation* über die Organisation der Arbeitsmarktwirtschaft
BR-Drs 478/53 = 115 H 7

Arbeitsorganisation

- s Internationale Arbeitsorganisation

Arbeitsrecht

- s GesEntw über die Neuordnung der Beziehungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Betrieben (*Betriebsverfassungsgesetz*)
BR-Drs 697/50 = 36 I 11
BT-Drs 1/1546 = 49 I 1
- s Entwurf eines *Kündigungsschutzgesetzes*
BR-Drs 87/51 = 48 B 14
BT-Drs 1/2090 = 54 M 1

Arbeitsschutz

- s a Arbeitnehmerschutz, Jugendarbeitsschutz
- *GesEntw über die Aufhebung von Vorschriften auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes* (betr Aufhebung von Kriegsvorschriften)
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 715/51 = 63 C 2
BR-Drs 81/52 = 71 C 3
BR-PIPr 72 = 5 A 5
BR-PIPr 79 = 5 H 9
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/2952 = 62 H 13
Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit
BT-Drs 1/3089 = 63 F 2
1. Beratung
BT-PIPr 1/186 = 20 I 5

2. und 3. Beratung

- BT-PIPr 1/194 = 21 I 2
- VO zum Schutze gegen Staublungenerkrankungen (Silikose) in der keramischen Industrie
BR-Drs 536/51 = 56 H 13
- s a GesEntw über die Abkommen über die soziale Sicherheit der *Rheinschiffer* und über die Arbeitsbedingungen der Rheinschiffer nebst Schlußprotokoll
BR-Drs 613/51 = 58 O 13
- s a GesEntw zum Schutze der Mutter (*Mutterschutzgesetz*)
BR-Drs 791/51 = 64 O 7
BT-Drs 1/1182 = 45 A 14
- s a GesEntw zur Änderung der Titel II, III, IV und X der *Gewerbeordnung*
BR-Drs 435/52 = 91 B 13
BT-Drs 1/4170 = 78 J 1

Arbeitsstättenstatistik

- s Statistik, Volkszählungsgesetz

Arbeitsverhältnis

- VO zur Durchführung einer Statistik der Gehalts- und Lohnverhältnisse
BR-Drs 724/51 = 63 F 3

Arbeitsvermittlung

- s Arbeitslose
- s GesEntw über die Errichtung einer *Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung*
BR-Drs 118/51 = 48 N 4
BT-Drs 1/2131 = 55 J 2
- s GesEntw betr das Übereinkommen der *Internationalen Arbeitsorganisation* über Büros für entgeltliche Arbeitsvermittlung
BR-Drs 480/53 = 115 I 10

Arbeitszeit

- s Ladenschlußgesetz

Architekt

- *GesEntw zur Ordnung des Architektenberufes* (*Architektengesetz*)
GesEntw der Abgeordneten Wirths, Dr. Schäfer und Fraktion der FDP
BT-Drs 1/4044 = 76 K 2
1. Beratung
BT-PIPr 1/251 = 30 K 9

Archive

- Antrag der Abgeordneten Dres. Richter, Leichtgens und Genossen betr Rückgabe der deutschen Archive
BT-Drs 1/149 = 37 G 13
BT-PIPr 1/16 = 1 N 9
Bericht und Antrag des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten
BT-Drs 1/844 = 41 O 8
Änderungsantrag der Fraktion der KPD zum Bericht des Ausschusses
BT-Drs 1/923 = 42 I 9
BT-PIPr 1/63 = 6 K 2
- s a GesEntw zum Schutz deutschen *Kulturgutes* gegen Abwanderung aus dem

Gebiet der Bundesrepublik Deutschland
BR-Drs 502/52 = 93 H 3

Armenrecht

- s GesEntw über die Erstattung von Gebühren für im Armenrecht beigeordnete Vertreter in Patent- und Gebrauchsmustersachen
BR-Drs 347/52 = 86 A 8
BT-Drs 1/3801 = 72 N 1

Artenverzeichnis

s Saatgut

Arzneimittel

s a Heilwesen

- *GesEntw über die Aufhebung einiger Polizeiverordnungen auf dem Gebiet des Verkehrs mit Arzneimitteln*
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 222/51 = 50 B 14
BR-Drs 270/51 = 50 K 8
BR-Drs 175/52 = 75 E 12
BR-PIPr 52 = 3 I 14
BR-PIPr 84 = 5 L 12
Vermittlungsverfahren:
BR-Drs 228/52 = 80 H 3
BR-PIPr 86 = 5 N 10

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/2818 = 61 E 5

Bericht und Antrag des Ausschusses für Fragen des Gesundheitswesens

BT-Drs 1/3259 = 64 M 2

Einberufung des Vermittlungsausschusses

BT-Drs 1/3356 = 66 L 1

Bericht und Antrag des Vermittlungsausschusses

BT-Drs 1/3396 = 67 E 9

1. Beratung

BT-PIPr 1/179 = 19 D 7

2. und 3. Beratung

BT-PIPr 1/205 = 22 M 13

BT-PIPr 1/206 = 23 A 1

BT-PIPr 1/216 = 24 G 9

- *GesEntw über das Deutsche Arzneibuch*

1. und 2. Durchgang

BR-Drs 534/51 = 56 H 4

BR-Drs 60/52 = 70 G 13

BR-PIPr 62 = 4 E 4

BR-PIPr 79 = 5 H 9

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/2529 = 59 B 4

Bericht und Antrag des Ausschusses für Fragen des Gesundheitswesens

BT-Drs 1/2857 = 61 J 11

1. Beratung

BT-PIPr 1/164 = 17 H 4

2. und 3. Beratung

BT-PIPr 1/189 = 20 M 7

- Antrag der Abgeordneten Dres. Etzel, Besold und Fraktion der Bayernpartei betr Einfuhr von steuerbegünstigten alkoholischen Arzneimitteln aus Groß-Berlin (West) in das Bundesgebiet
BT-Drs 1/1320 = 46 L 1

Arzneiwaren

s Medikamente

Arzt

- s a GesEntw über die Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten, Zahnärzten und Krankenkassen

(*Kassenarztrecht*)

BR-Drs 434/52 = 90 O 2

BT-Drs 1/3904 = 75 D 13

- *GesEntw zur Anpassung der Facharztordnung für die deutschen Ärzte an die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft und Praxis*
BR-Durchgang und Vermittlungsverfahren:

BR-Drs 750/51 = 64 C 5

BR-PIPr 74 = 5 D 5

BR-PIPr 78 = 5 G 11

GesEntw der Fraktionen der CDU/CSU, FDP, DP und Zentrum

BT-Drs 1/2255 = 56 G 14

Bericht und Antrag des Ausschusses für Fragen des Gesundheitswesens

BT-Drs 1/2761 = 60 M 12

Einberufung des Vermittlungsausschusses

BT-Drs 1/2916 = 62 E 6

Bericht und Antrag des Vermittlungsausschusses

BT-Drs 1/3014 = 62 N 11

1. Beratung

BT-PIPr 1/144 = 15 A 12

2. und 3. Beratung

BT-PIPr 1/175 = 18 L 3

Beratung des Berichts des Vermittlungsausschusses

BT-PIPr 1/188 = 20 K 12

- Entw einer „Bestallungsordnung für Ärzte“

BR-Drs 93/53 = 99 M 8

BR-PIPr 114 = 7 M 2

- Antrag der Fraktion der SPD betr einheitliche Regelung der Niederlassung und über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen

BT-Drs 1/1589 = 49 O 12

Bericht und Antrag des Ausschusses für Sozialpolitik

BT-Drs 1/2239 = 56 E 9

- Antwort des Bundesministers für Arbeit auf eine Anfrage betr Beziehungen zwischen Ärzten, Zahnärzten, Dentisten und Krankenkassen

BT-Drs 1/2654 = 60 B 5

Arzthelfer

- Antrag der Fraktion der DP betr Vorlage eines GesEntw über die Ausbildung der medizinisch-technischen Assistenten
BT-Drs 1/3281 = 65 B 8

Bericht und Antrag des Ausschusses für Fragen des Gesundheitswesens

BT-Drs 1/4082 = 77 A 5

Asbest

- VO über die statistische Erfassung von Asbest und Asbestgespinsten (VO Asbest I/51)

BR-Drs 230/51 = 50 E 3

BR-Drs 281/51 = 50 L 3

BT-Drs 1/2047 = 54 G 12

Asylrecht

- VO über die Zulassung und Verteilung von Ausländern, die wegen politischer Verfolgung als Flüchtlinge im Bundesgebiet Zuflucht suchen
BR-Drs 310/52 = 84 C 10
BR-PIPr 93 = 6 G 2

- Festsetzung eines Verteilungsschlüssels für Asylsuchende Ausländer auf Grund der AsylVO

BR-Drs 14/53 = 95 J 6

BR-Drs 348/53 = 111 H 9

Atlantikpakt

- Antrag der KPD betr Einstellung der Verhandlungen der Bundesregierung um die Einbeziehung der Bundesrepublik
BT-Drs 1/2921 = 62 E 14
BT-PIPr 1/185 = 20 F 10

- Erklärung der Bundesregierung und Aussprache

BT-PIPr 1/190 = 20 O 13

Atomwaffenverzicht der Bundesrepublik Deutschland

- s Schriftwechsel beim GesEntw betr die Gründung der *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*
BR-Drs 219/52 = 79 E 13

Auflassung

- s GesEntw zur Wiederherstellung der Gesetzesinheit auf dem Gebiet des *bürgerlichen Rechts*

BR-Drs 352/52 = 86 G 9

Aufsichtsrat

- Antrag der Fraktion der SPD betr Bildung von Aufsichts- und Beiräten
BT-Drs 1/2373 = 57 G 6

Auftragseingänge

s a Industrie-Statistik

- VO über die Änderung und die Verlängerung der Geltungsdauer der VO über die Durchführung eines statistischen Eilberichts über den Auftragseingang in wichtigen Industriezweigen im Bundesgebiet
BR-Drs 422/52 = 90 H 6

Auftragsvergabe

s a Grundgesetz-Art 44

(betr Untersuchungsausschuß)

- Antrag der Fraktion der Bayernpartei hinsichtlich Richtlinien, in denen die Aufteilung der Aufträge des Bundes auf die Länder geregelt wird
BT-Drs 1/22 = 37 B 14

Bericht und Antrag des Haushaltsausschusses

BT-Drs 1/2040 = 54 F 9

- Interpellation der Fraktion der SPD betr Grundsätze bei der künftigen Vergabe von Aufträgen für die Einrichtung der vorläufigen Bundeshauptstadt Bonn
BT-Drs 1/524 = 39 K 13

BT-PIPr 1/44 = 4 K 5

- Schreiben des Bundesministers für Wirt-

Auftragsverwaltung

schaft betr Grundsätze bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
BR-Drs 834/50 = 40 A 3

Auftragsverwaltung

- s GesEntw zur Durchführung des Art 108 Abs. 1, 2 und 4 des *Grundgesetzes* (betr Weisungsrecht und Überwachung durch den Bund
BR-Drs 323/51 = 51 H 2
- 1. Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Auftragsverwaltung der Bundesautobahnen und Bundesstraßen
BR-Drs 138/51 = 49 L 8

Aufwandsentschädigung

- Antrag der Abgeordneten Bausch, Men- de und Genossen betr Dienstaufwands- entschädigung für Bundesminister und Staatssekretäre
BT-Drs 1/750 = 41 F 1

Aufwandsteuer

- GesEntw zur Besteuerung besonderen Aufwandes
1. Durchgang
BR-Drs 547/50 = 32 C 12
BR-Drs 585/50 = 33 L 6
BR-Drs 594/50 = 33 M 4
BR-PIPr 30 = 2 E 11
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/1345 = 47 F 14
1. Beratung
BT-PIPr 1/89 = 9 E 8
BT-PIPr 1/90 = 9 G 2
- GesEntw über eine Aufwandsteuer
BR-Drs 652/51 = 61 E 10
BR-PIPr 69 = 4 L 6
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/2701 = 60 I 2
1. Beratung
BT-PIPr 1/173 = 18 J 1

Ausbildungsverhältnis

- s GesEntw über die Änderung von Be- stimmungen in dem Gesetz über Ar- beitsvermittlung und *Arbeitslosenversi- cherung* (betr Versicherungsfreiheit für Lehrlin- ge, Anlernlinge und Praktikanten)
BR-Drs 441/52 = 91 I 9
BT-Drs 1/1322 = 46 L 2

Ausfuhr

s a Warenverkehr

- GesEntw über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr
BR-Drs 472/50 = 30 K 13
BR-Drs 484/50 = 30 O 4
BR-Drs 291/51 = 50 M 4
BR-PIPr 25 = 2 C 2
- GesEntw über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr
Bundesratsdurchgang
BR-Drs 448/51 = 53 L 9
BR-PIPr 58 = 3 O 4
- GesEntw der Fraktionen der CDU/CSU, FDP, DP, BP und Zentrum
BT-Drs 1/2061 = 54 I 12

Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanz- und Steuerfragen
BT-Drs 1/2213 = 56 B 12

Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanz- und Steuerfragen
BT-Drs 1/2286 = 56 N 11
Schreiben des Bundesministers der Fi- nanzen
BT-Drs 1/2796 = 61 A 1

- 1. Beratung
BT-PIPr 1/128 = 13 C 6
- 2. Beratung
BT-PIPr 1/142 = 14 N 13
BT-PIPr 1/145 = 15 C 7
- 3. Beratung
BT-PIPr 1/146 = 15 F 13

- GesEntw über die Übernahme von Si- cherheitsleistungen und Gewährleistun- gen im Ausfuhrgeschäft

- 1. und 2. Durchgang
BR-Drs 168/50 = 22 H 12
BR-Drs 220/50 = 24 B 14
BR-Drs 226/50 = 24 D 2
BR-Drs 554/50 = 32 I 3
BR-Drs 589/50 = 33 L 13
BR-PIPr 17 = 1 L 13
BR-PIPr 30 = 2 E 11

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/913 = 42 H 13
Bericht und Antrag des Ausschusses für Außenhandelsfragen
BT-Drs 1/1053 = 43 L 7

- 1. Beratung
BT-PIPr 1/63 = 6 K 2
- 2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/73 = 7 K 2

- Entw eines 2. Ges über die Übernahme von Sicherheitsleistungen und Gewähr- leistungen im Ausfuhrgeschäft

- 1. und 2. Durchgang
BR-Drs 1075/50 = 44 A 8
BR-Drs 39/51 = 46 F 1
BR-Drs 226/51 = 50 D 12
BR-Drs 277/51 = 50 L 1
BR-PIPr 46 = 3 C 8
BR-PIPr 52 = 3 I 14

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/1845 = 52 D 7
Bericht und Antrag des Ausschusses für Außenhandelsfragen
BT-Drs 1/1972 = 53 N 2

- 1. Beratung
BT-PIPr 1/118 = 12 D 2
- 2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/123 = 12 K 4

- Entwurf eines 3. Ges über die Übernah- me von Sicherheitsleistungen und Ge- währleistungen im Ausfuhrgeschäft (betr Erhöhung des Bürgschaftsrah- mens)

- 1. und 2. Durchgang
BR-Drs 688/51 = 62 F 12
BR-Drs 24/52 = 67 J 8
BR-PIPr 71 = 4 N 13
BR-PIPr 77 = 5 F 13

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/2793 = 60 O 12
Bericht und Antrag des Ausschusses für Außenhandelsfragen
BT-Drs 1/2947 = 62 G 10

- 1. Beratung
BT-PIPr 1/177 = 19 A 1
- 2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/186 = 20 I 5

- Entw eines 4. Ges über die Übernahme von Sicherheitsleistungen und Gewähr- leistungen im Ausfuhrgeschäft

- 1. und 2. Durchgang
BR-Drs 25/53 = 95 N 6
BR-Drs 200/53 = 104 F 2
BR-PIPr 100 = 6 O 7
BR-PIPr 108 = 7 G 11

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/4169 = 78 I 14
Bericht und Antrag des Ausschusses für Außenhandelsfragen
BT-Drs 1/4280 = 81 D 6

- 1. Beratung
BT-PIPr 1/258 = 31 N 1
- 2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/264 = 32 K 11

- Entw zur Änderung des Ges über steuer- liche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr

- 1. und 2. Durchgang
BR-Drs 52/53 = 97 D 7
BR-Drs 376/53 = 112 I 11
BR-PIPr 101 = 7 A 14
BR-PIPr 113 = 7 K 14

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/4242 = 79 M 1
Bericht und Antrag des Ausschusses für Finanz- und Steuerfragen
BT-Drs 1/4536 = 86 C 4

- 1. Beratung
BT-PIPr 1/261 = 32 E 14
- 2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/280 = 35 J 14

- VO zur Durchführung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr

- BR-Drs 593/51 = 58 E 8
- VO zur Sicherung der Durchführung dringlicher Ausfuhrgeschäfte (VO Ausfuhr I/51)
BR-Drs 673/51 = 62 A 11

- VO zur Änderung und Ergänzung der 1. VO zur Durchführung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr

- BR-Drs 255/52 = 81 I 2
- Entschließung des Bundesrates betr Maßnahmen zur Förderung des Expor- tes
BR-Drs 49/50 = 19 G 6

- s a GesEntw zur Änderung der VO über Zolländerungen (Ausfuhrzoll-Liste)

- BR-Drs 417/52 = 90 F 7
BT-Drs 1/3973 = 75 O 4

Ausfuhrgeschäfte
s Export

Ausfuhrkontrolle

s Bundesstelle für den Warenverkehr im Bereich der gewerblichen Wirtschaft

Ausfuhrzoll

s Außenhandel

Ausgleichsamt
s Lastenausgleich

Ausgleichsabgabe
s Ernährungswirtschaft

Ausgleichsbehörden
s Lastenausgleich

Ausgleichsfonds
s Lastenausgleich

Ausgleichsforderung

- s a GesEntw über die Ergänzung von Vorschriften des Umstellungsrechts und über die Ausstattung der Berliner Altbanken mit Ausgleichsforderungen (Umstellungsergänzungsgesetz)
BR-Drs 88/53 = 99 F 3
BT-Drs 1/4327 = 82 D 12
- GesEntw über die Übernahme von Zinsen für Ausgleichsforderungen durch die Deutsche Bundespost und die Deutsche Bundesbahn
GesEntw Rheinland-Pfalz
1. Durchgang
BR-Drs 493/53 = 116 I 8
BR-PIPr 117 = 7 O 6
- 1. DurchführungsVO zum Ges über die Ergänzung von Vorschriften des Umstellungsrechts und über die Ausstattung der Berliner Altbanken mit Ausgleichsforderungen (Umstellungsergänzungsgesetz)
BR-Drs 491/53 = 116 H 8

Ausländer

- s a Asylverordnung, Heimatvertriebene
- GesEntw über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 612/50 = 34 D 1
BR-Drs 664/50 = 36 B 8
BR-Drs 186/51 = 49 K 13
BR-Drs 256/51 = 50 J 11
BR-PIPr 33 = 2 G 2
BR-PIPr 52 = 3 I 14
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/1372 = 47 L 14
Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht
BT-Drs 1/1960 = 53 M 6
Schreiben des Bundeskanzlers
BT-Drs 1/3001 = 62 N 1
1. Beratung
BT-PIPr 1/92 = 9 I 12
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/121 = 12 I 1
- Antrag der Fraktion der Bayernpartei Verteilung der „displaced persons“ (verschleppte Personen) gleichmäßig auf alle Länder der Bundesrepublik Deutschland
BT-Drs 1/85 = 37 E 4
Bericht des Ausschusses für Besatzungsstatut und Auswärtige Angelegenheiten
BT-Drs 1/196 = 37 K 7
Beratung
BT-PIPr 1/19 = 2 E 10

- Antrag der Fraktion der Bayernpartei Wohnraumbelegung durch verschleppte Personen
BT-Drs 1/87 = 37 E 5
Bericht des Ausschusses für Besatzungsstatut und Auswärtige Angelegenheiten
BT-Drs 1/198 = 37 K 8
BT-PIPr 1/19 = 2 E 10

Ausländische Arbeitnehmer
s Gastarbeitnehmer

Ausländischer Verein

- Entscheidung über die sachliche Zuständigkeit für die Anerkennung der Rechtsfähigkeit ausländischer Vereine auf Grund des Art 110 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch
BR-Drs 270/52 = 82 G 7

Auslandsaufenthalt

- VO über die Durchführung der deutschen Sozialversicherung bei Auslandsaufenthalt
BR-Drs 961/50 = 42 J 5

Auslandsbonds

- s a Dollarbonds, Wertpapiere
- GesEntw zur Bereinigung von deutschen Schuldverschreibungen, die auf ausländische Währung lauten (Bereinigungsgesetz für deutsche Auslandsbonds - AuslWBG)
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 247/52 = 81 C 5
BR-Drs 297/52 = 83 K 2
BR-PIPr 88 = 6 A 10
BR-PIPr 90 = 6 C 3
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/3584 = 69 O 3
Bericht und Antrag des Ausschusses für Geld und Kredit
BT-Drs 1/3606 = 70 J 1
1. Beratung
BT-PIPr 1/222 = 25 F 9
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/226 = 26 B 13
- Entw einer 5. DurchführungsVO zum Bereinigungsgesetz für deutsche Auslandsbonds (Verwaltungsabgabe und Vorschußverpflichtung der Aussteller)
BR-Drs 209/53 = 104 H 1
BR-PIPr 109 = 7 H 13
- Entw einer 7. DurchführungsVO
BR-Drs 461/53 = 115 B 7

Auslandshilfe
s ERP-Abkommen

Auslandsschulden, deutsche

- 1.) GesEntw betr das Abkommen v. 27.2.1953 über deutsche Auslandsschulden
- 2.) GesEntw betr das Abkommen Bundesrepublik Deutschland / Vereinigte Staaten von Amerika über die Verschuldung Deutschlands aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission

3.) GesEntw betr das Abkommen Bundesrepublik Deutschland / Vereinigte Staaten von Amerika über die Regelung der Ansprüche der Vereinigten Staaten von Amerika aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe

4.) GesEntw betr das Abkommen Bundesrepublik Deutschland / Vereinigte Staaten von Amerika über die Regelung der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika aus der Lieferung von Überschußgütern

5.) GesEntw betr das Abkommen Bundesrepublik Deutschland / Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland über die Regelung der Ansprüche des Vereinigten Königreichs aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe

6.) GesEntw betr das Abkommen Bundesrepublik Deutschland / Französische Republik über die Regelung der Ansprüche der Französischen Republik aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe

7.) GesEntw betr das Abkommen Bundesrepublik Deutschland / Königreich Dänemark über die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark

gemeinsamer 1. und 2. Durchgang
BR-Drs 116/53 = 100 K 13
BR-Drs 366/53 = 112 F 5
BR-PIPr 104 = 7 D 11
BR-PIPr 113 = 7 K 14

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/4260 = 80 G 1
Bericht und Antrag des Sonderausschusses „Londoner Schuldenabkommen“
BT-Drs 1/4568 = 86 I 7

1. Beratung
BT-PIPr 1/262 = 32 G 10
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/279 = 35 F 5

- GesEntw zur Ausführung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 219/53 = 104 J 10
BR-Drs 352/53 = 111 J 6
BR-PIPr 109 = 7 H 13
BR-PIPr 113 = 7 K 14

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/4478 = 84 M 14
BT-Drs 1/4569 = 86 J 1

1. Beratung
BT-PIPr 1/274 = 34 I 4
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/279 = 35 F 5

- GesEntw über die innerdeutsche Regelung von Vorkriegsremboursverbindlichkeiten
Bundsratsdurchgang
BR-Drs 351/53 = 111 J 1
BR-PIPr 113 = 7 K 14

GesEntw der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DP
BT-Drs 1/4626 = 87 F 10
Bericht und Antrag des Sonderausschusses „Londoner Schuldenabkommen“
BT-Drs 1/4631 = 87 G 7

1. Beratung
BT-PIPr 1/278 = 35 C 1
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/279 = 35 F 5
- 1.) *GesEntw betr die Vereinbarung Bundesrepublik Deutschland/Vertreter der Gläubiger und Garantemächte über die Haftung der Bundesrepublik Deutschland für gewisse österreichische Auslandsanleihen*
2.) *GesEntw betr die Vereinbarungen Bundesrepublik Deutschland/Französische Republik über die Regelung der Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland*
3.) *GesEntw betr die Vereinbarungen Bundesrepublik Deutschland/Fürstentum Liechtenstein über die Regelung der Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland*
Gemeinsamer 1. Durchgang
BR-Drs 312/53 = 109 F 10
BR-PIPr 111 = 7 J 4
GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/4623 = 87 F 9
- *GesEntw betr die Vereinbarung über die Regelung der Schweizerfranken-Grundschulden*
1. Durchgang
BR-Drs 300/53 = 109 B 3
BR-PIPr 111 = 7 J 4
Erneute Vorlage in der 2. Wahlperiode:
1. Durchgang
BR-Drs 487/53 = 116 F 14
BR-PIPr 116 = 7 N 9
- Antrag der Fraktion der SPD betr Kenntnisnahme von Dokumenten durch die Bundesregierung an den Bundestag
BT-Drs 1/3453 = 68 A 8
Bericht und Antrag des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten
BT-Drs 1/3511 = 69 A 8
- Antwort des Bundeskanzlers auf eine Anfrage der KPD zu den Deutschen Auslandsschulden
BT-Drs 1/2218 = 56 C 7
- Antrag der Fraktion der KPD betr Nichtanerkennung der deutschen Vorkriegsauslandsschuld und der Nachkriegsschulden
BT-Drs 1/2301 = 57 A 9
- s a GesEntw über die Verlängerung der im § 3 des Ges über die drei Abkommen Bundesrepublik Deutschland/Schweiz über die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz, über die Regelung der Forderungen der Schweiz gegen das ehemalige Deutsche Reich und zum deutschen Lastenausgleich enthaltenen Fristen
BR-Drs 367/53 = 112 F 7
BT-Drs 1/3940 = 75 K 3

Auslandsrenten

- s GesEntw über Fremdreuten der Sozialversicherung an Berechtigte im Bundesgebiet und im Lande Berlin, über Leistungen der Sozialversicherung an Berechtigte im Ausland sowie über freiwillige Sozialversicherung (*Fremdreuten- und Auslandsrentengesetz*)
BR-Drs 503/52 = 93 J 8

Auslandsvermögen

- s a Reichsmark-Wertpapiere, Reichsvermögen, Vermögenswerte, deutsche im Ausland bzw jeweiliger Staat
- Antwort des Bundesministers der Finanzen auf eine Anfrage betr Deutsches privates Auslandsvermögen und deutsche private Auslandsverschuldung
BT-Drs 1/1553 = 49 L 3
 - Antrag der Fraktion der WAV betr Maßnahmen zur Sicherung deutschen Eigentums in Österreich
BT-Drs 1/2024 = 54 E 7
Bericht und Antrag des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten
BT-Drs 1/3142 = 63 M 7
 - Antrag der Fraktion der Bayernpartei betr Beschlagnahme deutschen Auslandsvermögens
BT-Drs 1/2549 = 59 D 13
 - Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, DP/DPB und FU (BP-Z) betr Untersuchung über deutsches Auslandsvermögen
BT-Drs 1/3327 = 65 N 6
BT-PIPr 1/207 = 23 C 14
Bericht und Antrag des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten
BT-Drs 1/3389 = 67 D 3
Schreiben des Auswärtigen Amtes
BT-Drs 1/4165 = 78 I 3

Auslieferung

- s a Rechtshilfe in Strafsachen
- *GesEntw über den Auslieferungsvertrag Bundesrepublik Deutschland / Frankreich*
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 246/52 = 81 A 4
BR-Drs 225/53 = 105 I 14
BR-PIPr 88 = 6 A 10
BR-PIPr 109 = 7 H 13
GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/3599 = 70 H 10
Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht
BT-Drs 1/4008 = 76 F 9
 - 1. Beratung
BT-PIPr 1/229 = 26 L 13
 - 2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/248 = 30 C 4
BT-PIPr 1/265 = 33 A 9
 - Antrag der Abgeordneten Dr. Ott, Wesels und Genossen betr Respektierung des Artikels 16 des Grundgesetzes
BT-Drs 1/1527 = 49 G 5
 - Interpellation der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, DP, BP und des Zentrums betr Auslieferung und Hinrichtungen von Deutschen
BT-Drs 1/1599 = 50 B 11
 - Antwort des Bundesministers der Justiz auf eine Anfrage betr Auslieferung von Deutschen an eine Besatzungsmacht
BT-Drs 1/2097 = 55 D 6

Aussiedlung

- s a Notaufnahme
- VO über die Bereitstellung von Lagern

und über die Verteilung der in das Bundesgebiet aufgenommenen Deutschen aus den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Gebietsteilen, aus Polen und der Tschechoslowakei auf die Länder des Bundesgebietes
BR-Drs 371/50 = 28 E 9
BR-Drs 438/50 = 29 N 13
BR-Drs 446/50 = 30 D 14
BR-Drs 659/50 = 35 N 11
BR-Drs 710/50 = 37 A 3
BR-Drs 930/50 = 42 B 8
BR-Drs 989/50 = 43 B 5

Außenhandel

- s a Ausfuhr, Export
- *GesEntw zur vorläufigen Durchführung von wirtschaftlichen Verträgen mit ausländischen Staaten*
1. Durchgang
BR-Drs 97/53 = 100 C 4
BR-PIPr 104 = 7 D 11
 - Antrag der Abgeordneten Dr. Leuchten-gens, Aumer und Genossen betr Aus-kunft durch die Bundesregierung zu den Außenhandelsbeziehungen
BT-Drs 1/47 = 37 C 12
 - Antrag der Fraktion der Bayernpartei betr Getreidebewirtschaftung
BT-Drs 1/101 = 37 E 12
Bericht und Antrag des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BT-Drs 1/713 = 41 C 4
 - Antrag der Abgeordneten Rademacher, Dr. Schäfer und Fraktion der FDP betr Ausfuhrzollabfertigung
BT-Drs 1/1163 = 44 O 11
Bericht und Antrag des Ausschusses für Verkehrswesen
BT-Drs 1/1464 = 48 H 1
 - Interpellation der Abgeordneten Rade-macher, Dr. Schäfer und Fraktion der FDP betr Bestreikung argentinischer Staatsdampfer in Hamburg
BT-Drs 1/1196 = 45 B 9

Außenhandelsstelle

- *GesEntw über die Erhebung von Gebüh-ren durch die Außenhandelsstelle des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten*
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 528/51 = 56 D 9
BR-Drs 763/51 = 64 E 13
BR-PIPr 62 = 4 E 4
BR-PIPr 74 = 5 D 5
GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/2448 = 58 D 1
Bericht und Antrag des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BT-Drs 1/2798 = 61 A 7
- 1. Beratung
BT-PIPr 1/158 = 16 I 12
- 2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/176 = 18 M 9
- *GesEntw über die Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft*
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 530/51 = 56 E 5

BR-Drs 761/51 = 64 E 4
BR-PIPr 62 = 4 E 4
BR-PIPr 74 = 5 D 5

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/2532 = 59 B 9
Bericht und Antrag des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BT-Drs 1/2799 = 61 A 9
1. Beratung
BT-PIPr 1/163 = 17 F 8
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/176 = 18 M 9

Außenpolitik

- Antwort des Bundeskanzlers auf eine Anfrage betr Teilnahme Deutschlands an internationalen nichtpolitischen Organisationen
BT-Drs 1/1065 = 43 M 14
- Interpellation der Fraktion der SPD betr Öffentliche Äußerungen von Bundesministern zu außenpolitischen Fragen
BT-Drs 1/1218 = 45 D 9
BT-PIPr 1/87 = 9 C 12

Ausschüsse des Deutschen Bundestages

- s a Bundestag, Deutscher
- Zusammenstellung der Ausschüsse des Deutschen Bundestags
BT-Drs 1/339 = 38 I 3

Auswärtiges Amt

s Grundgesetz — Art 44

Auswanderung

- s GesEntw über die Errichtung eines Bundesamtes für Auswanderung
BR-Drs 374/51 = 52 O 1
BT-Drs 1/2394 = 57 K 8

Ausweise

s Paß- und Ausweiswesen

Ausweisung

- Interpellation der Abgeordneten Dr. Bucerius und Genossen betr Ausweisung aus dem Bundesgebiet
BT-Drs 1/426 = 39 A 4
BT-PIPr 1/39 = 4 E 4

Auszubildende

s Lehrlinge

Autobahn

s Bundesautobahn,
Reichsautobahngesetz

Autobahnbau

s Straßenbau

B

Baden

- s a Grundgesetz-Art 29
- GesEntw zur Verlängerung der Wahlperiode der Landtage der Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern
BR-Durchgang
BR-Drs 246/51 = 50 I 11
BR-Drs 260/51 = 50 J 13
BR-PIPr 52 = 3 I 14

nunmehr:

1. Gesetz zur Durchführung der Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern

Vermittlungsverfahren:

BR-Drs 307/51 = 51 F 2
BR-Drs 319/51 = 51 G 14
BR-PIPr 53 = 3 K 8

GesEntw der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, DP, BP, Zentrum, WAV und Gruppe BHE-DG
BT-Drs 1/2057 = 54 I 5

Einberufung des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/2071 = 54 J 6

Bericht und Antrag des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/2088 = 54 L 13

1., 2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/127 = 13 A 11

Beratung des Berichts des Vermittlungsausschusses
BT-PIPr 1/130 = 13 E 11

Gesetz vom BVerfG für nichtig erklärt
— Urteil vom 30.10.1951, BGBl. I, 879

- Entw eines 2. Ges zur Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern

BR-Durchgang
BR-Drs 377/51 = 53 A 12
BR-Drs 393/51 = 53 C 7
BR-PIPr 55 = 3 L 11

GesEntw der Fraktion der FDP
BT-Drs 1/821 = 41 M 7

1. Beratung
BT-PIPr 1/109 = 11 E 9

GesEntw der Abgeordneten Hilbert und Genossen

BT-Drs 1/1752 = 51 E 10
1. Beratung

BT-PIPr 1/109 = 11 E 9

GesEntw der Abgeordneten Gengler, Kiesinger und Genossen

BT-Drs 1/1849 = 52 D 11

1. Beratung

BT-PIPr 1/118 = 12 D 2

Bericht und Antrag des Ausschusses für innergebietliche Neuordnung zu den 3 GesEntw

BT-Drs 1/2160 = 55 M 4

2. Beratung

BT-PIPr 1/135 = 14 B 5

BT-PIPr 1/136 = 14 D 5

BT-PIPr 1/138 = 14 H 5

Das Gesetz ist gem Urteil des BVerfG vom 30.10.1951, BGBl. I, 879 teilweise nichtig

- GesEntw über die Aussetzung des Vollzugs von Bestimmungen des Zweiten Neugliederungsgesetzes

GesEntw der Abgeordneten Hilbert und Genossen

BT-Drs 1/2942 = 62 G 6

1. und 2. Beratung

BT-PIPr 1/185 = 20 F 10

- Entwurf eines 3. Gesetzes über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern

Gesetzesantrag des Landes Baden

BR-Drs 638/51 = 60 J 8

- Verfassungsrechtsstreit betr das 1. und 2. Ges über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern
BR-Drs 663/51 = 61 J 6

- Interpellation der Abgeordneten Dr. Schmidt und Fraktion der SPD betr natürliche Wirtschaftseinheit des Oberrheintales
BT-Drs 1/1204 = 45 C 7

- Antrag der Fraktion des Zentrums betr Herbeiführung der Billigung der Hohen Alliierten Kommission zur Neugliederung des Bundesgebietes
BT-Drs 1/1966 = 53 M 13

- Antrag der Fraktion der CDU/CSU betr Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Vorbereitung der Neugliederung des Bundesgebietes
BT-Drs 1/2222 = 56 D 5

Baden-Württemberg

s a Baden, Lehrlinge

- Gesetzesantrag des Landes Baden-Württemberg betr Ges über die Vereinigung der Landeszentralbanken von Baden, Württemberg-Baden und für Württemberg-Hohenzollern zur Landeszentralbank von Baden-Württemberg
BR-Drs 390/52 = 89 A 3
BR-PIPr 95 = 6 I 14
- Verwaltungsanordnung der Bundesregierung über die Anerkennung des Erwerbs der 5%igen Anleihe des Landes Baden-Württemberg als steuerbegünstigter Kapitalansammlungsvertrag
BR-Drs 126/53 = 101 L 6

Bahnbus

s Reichskraftwagentarif

Banat

- Antrag der Abgeordneten Dr. Ott und Genossen betr Protest gegen die Zwangsumsiedlung in Rumänien
BT-Drs 1/2645 = 60 A 13
Bericht und Antrag des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten
BT-Drs 1/2837 = 61 F 10

Bank

s Geld, Hypotheken, Industriebank, Kreditinstitut, Landwirtschaftliche Rentenbank, Umstellungsergänzungsgesetz

Bank der Deutschen Arbeit A.G.

- *GesEntw über die Aufhebung der Allgemeinen Anordnung Nr 3 zum Ges Nr 52 der amerikanischen Militärregierung betr die Bank der Deutschen Arbeit A.G.*

Bundesratsdurchgang
BR-Drs 371/53 = 112 H 13
BR-PIPr 113 = 7 K 14

GesEntw der Abgeordneten Seuffert, Scharnberg und Genossen

BT-Drs 1/4425 = 83 L 1
Bericht und Antrag des Ausschusses für Geld und Kredit
BT-Drs 1/4583 = 86 N 4
1. Beratung
BT-PIPr 1/272 = 34 C 5
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/280 = 35 J 14

Bank deutscher Länder

- *GesEntw über die Verwendung des im Geschäftsjahr 1950 erzielten Reingewinns der Bank deutscher Länder*

1. und 2. Durchgang
BR-Drs 342/51 = 52 F 4
BR-Drs 383/51 = 53 B 10
BR-Drs 584/51 = 58 C 3
BR-PIPr 55 = 3 L 11
BR-PIPr 65 = 4 H 9

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/2244 = 56 F 3
Bericht und Antrag des Ausschusses für Geld und Kredit
BT-Drs 1/2381 = 57 G 11
1. Beratung
BT-PIPr 1/144 = 15 A 12
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/159 = 16 K 12

- *Entwurf eines Übergangsgesetzes zur Änderung des Ges über die Errichtung der Bank deutscher Länder*

1. und 2. Durchgang
BR-Drs 413/51 = 53 E 7
BR-Drs 432/51 = 53 J 3
BR-Drs 573/51 = 57 N 1
BR-PIPr 56 = 3 N 1
BR-PIPr 65 = 4 H 9

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/2276 = 56 K 8
Bericht und Antrag des Ausschusses für Geld und Kredit
BT-Drs 1/2383 = 57 G 14
1. Beratung
BT-PIPr 1/147 = 15 H 8
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/159 = 16 K 12

- *Entw eines Ges zur Änderung des Ges über die Verteilung des erzielten Reingewinns der Bank deutscher Länder in den Geschäftsjahren 1950/51*

1. Durchgang
BR-Drs 71/53 = 98 F 11
BR-PIPr 102 = 7 C 6

nunmehr:

GesEntw über die Verteilung des Reingewinns der Bank deutscher Länder im Geschäftsjahr 1952 und in den folgenden Geschäftsjahren
BR-Drs 323/53 = 109 M 3
BR-PIPr 112 = 7 K 1

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/4239 = 79 K 10
Bericht und Antrag des Haushaltsausschusses
BT-Drs 1/4481 = 85 D 10
1. Beratung
BT-PIPr 1/261 = 32 E 14
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/277 = 35 A 6

- *Entw eines 3. Ges zur Änderung des Ges über die Errichtung der Bank deutscher Länder*

1. und 2. Durchgang
BR-Drs 125/53 = 101 L 2
BR-Drs 325/53 = 109 M 11
BR-PIPr 105 = 7 E 8
BR-PIPr 112 = 7 K 1

GesEntw der Bundesregierung

BT-Drs 1/4323 = 82 C 14
Bericht und Antrag des Ausschusses für Geld und Kredit
BT-Drs 1/4464 = 84 L 5
1. Beratung
BT-PIPr 1/265 = 33 A 9
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/277 = 35 A 6

- *GesEntw zur Änderung der Vorschriften über Gewährung von Ausgleichsfordernungen an die Bank deutscher Länder*
GesEntw der Abgeordneten Dr. Dr. Nöll von der Nahmer, Dr. Blank und Genossen

BT-Drs 1/4273 = 81 A 9
Bericht und Antrag des Ausschusses für Geld und Kredit
BT-Drs 1/4479 = 85 D 6
1. Beratung
BT-PIPr 1/265 = 33 A 9
2. Beratung
BT-PIPr 1/277 = 35 A 6

- *GesEntw über die Ermächtigung der Bank deutscher Länder zur Einräumung eines Kredits an die Bundesrepublik Deutschland in Höhe eines Teils der an den Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund) zu leistenden Subskriptionszahlungen*

1. Durchgang
BR-Drs 223/53 = 105 I 3
BR-PIPr 109 = 7 H 13

GesEntw der Bundesregierung

- Antwort des Bundesministers für Finanzen auf eine Anfrage betr Zentralbankrat der Bank deutscher Länder
BT-Drs 1/804 = 41 L 4

Bank für Vertriebene und Geschädigte

- *GesEntw über die Lastenausgleichsbank (Bank für Vertriebene und Geschädigte)*

1. Durchgang
BR-Drs 161/53 = 102 M 10
BR-PIPr 105 = 7 E 8

- Verwaltungsanordnung über die Anerkennung des Erwerbs der 5%igen Inhaberschuldverschreibungen der Bank für Vertriebene und Geschädigte (Lastenausgleichsbank) Aktiengesellschaft, Bad Godesberg als steuerbegünstigter Kapitalansamlungsvertrag
BR-Drs 509/53 = 123 C 12

- VO über die Anerkennung der besonderen Förderungswürdigkeit des Verwendungszwecks des Erlöses der 5%igen Inhaberschuldverschreibungen der Bank für Vertriebene und Geschädigte (Lastenausgleichsbank) Aktiengesellschaft, Bad Godesberg
BR-Drs 510/53 = 123 D 1

Bannmeile

s Strafrechtsänderungsgesetz 1950

Baugewerbe

s Internationale Arbeitsorganisation

Bauland

s Wohnungsbau

Baumaterial

s a Betonstahl

- VO über Verwendungsbeschränkungen für Baumaterial (VO Bau 1/51)
BR-Drs 611/51 = 58 N 3
BR-Drs 733/51 = 63 J 6

Baurecht

- Beteiligung des Bundesrats an der Einholung eines Rechtsgutachtens des Bundesverfassungsgerichts über die Zuständigkeit des Bundes zum Erlaß eines Baugesetzes
BR-Drs 184/52 = 75 J 5
Einholung eines Rechtsgutachtens des Bundesverfassungsgerichts über die Zuständigkeit des Bundes zum Erlaß eines Baugesetzes
BT-Drs 1/3362 = 66 L 6
Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht
BT-Drs 1/3403 = 67 F 9
Beratung des mündl. Berichts des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht über den Antrag des BT und BR zur Erstattung eines Rechtsgutachtens durch BVerfG
BT-PIPr 1/215 = 24 F 6
Schreiben des Bundeskanzlers
BT-Drs 1/3669 = 71 K 8
BT-PIPr 1/230 = 26 O 1
Schreiben des Bundesministers für Wohnungsbau
BT-Drs 1/3783 = 72 K 7
- *GesEntw über das Eigentum an Grundstücken im Planungs- und Baurecht*
Gesetzesantrag der Freien und Hansestadt Hamburg
BR-Drs 403/52 = 89 I 12
BR-PIPr 93 = 6 G 2
- Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP betr Bundesbaugesetz
BT-Drs 1/2442 = 58 C 11
BT-PIPr 1/162 = 17 E 6

Bausparförderung

s Wohnungsbau-Prämiengesetz

Bausparkassen

s a DM-Eröffnungsbilanz, Prämiengesetz

- *GesEntw zur Änderung des Ges über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen*
BR-Drs 113/53 = 100 J 3
BR-PIPr 113 = 7 K 14

Bausparwesen

s Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen

Bautätigkeit

- VO über die Durchführung einer Statistik der Bautätigkeit und der Wohnraumvergaben
BR-Drs 45/53 = 96 N 1

Bauwirtschaft

- Antrag der Fraktion der CDU/CSU betr Verdingungsverordnung für Bauleistungen im Hoch- und Tiefbau (VOB)
BT-Drs 1/3139 = 63 M 6

Bayerische Gemeindebank München

- VO über die Anerkennung der besonderen Förderungswürdigkeit des Verwendungszwecks des Erlöses der 5%igen Kommunalverschreibungen von 1953 der Bayerischen Gemeindebank (Girozentrale) München
BR-Drs 229/53 = 105 K 5
BR-Drs 230/53 = 105 K 6
BR-Drs 523/53 = 123 F 10

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank

- VO über die Anerkennung der besonderen Förderungswürdigkeit des Verwendungszwecks des Erlöses der 5%igen Hypothekendarlehen der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, München
BR-Drs 414/53 = 113 H 9

Bayerische Landwirtschaftsbank, München

- VO über die Anerkennung der besonderen Förderungswürdigkeit des Verwendungszwecks des Erlöses der 5 1/2%igen Hypothekendarlehen der Bayerischen Landwirtschaftsbank, München
BR-Drs 442/53 = 114 H 12

Bayerische Landesbodenkreditanstalt

- VO über die Anerkennung der besonderen Förderungswürdigkeit des Verwendungszwecks des Erlöses der 5%igen Landesbodenkreditbriefe der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt
BR-Drs 236/53 = 105 M 1
BR-Drs 523/53 = 123 F 10

Bayern

- VO zur Umsiedlung von Vertriebenen aus Flüchtlingslagern und Notwohnungen in den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein
BR-Drs 22/53 = 95 M 3

- Antrag der Fraktion der Bayernpartei betr mangelnde Kohleversorgung Bayerns
BT-Drs 1/332 = 38 H 11
- Antwort des Bundesministers für Wirtschaft auf eine Anfrage betr Kohleversorgung Bayerns
BT-Drs 1/448 = 39 D 10
- Antwort des Bundesministers für Wirtschaft auf eine Anfrage betr Stromversorgung in Bayern
BT-Drs 1/359 = 38 K 14

Beamtenbesoldung

s a Bundespräsident, Richter

- *GesEntw auf Aufhebung der ... Gehaltskürzung ... von Beamten*
GesEntw der Fraktion der KPD
BT-Drs 1/364 = 38 L 3
Bericht und Antrag des Haushaltsausschusses
BT-Drs 1/830 = 41 M 12
Antrag der Fraktion der Bayernpartei dazu
BT-Drs 1/1379 = 47 N 5
Änderungsantrag der Abgeordneten Renner und Genossen zum Bericht des Haushaltsausschusses
BT-Drs 1/857 = 42 C 2
1. Beratung
BT-PIPr 1/28 = 3 D 6
- *GesEntw zur Zahlung von Pensionsvorschußen und Unterhaltsbeihilfen an die im Artikel 131 des Grundgesetzes aufgeführten Personengruppen*
GesEntw der Fraktion der FDP
BT-Drs 1/668 = 40 M 7
1. Beratung
BT-PIPr 1/52 = 5 K 4
- *GesEntw über die Aufhebung der 6%igen Gehaltskürzung*
GesEntw der Abgeordneten Dr. Wuermeling, Gaul und Genossen
BT-Drs 1/1409 = 48 B 12
1., 2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/90 = 9 G 2
- *GesEntw zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts*
(betr Wegfall der Gehaltskürzung, Zulagen und Wahrung der Einheitlichkeit auf dem Gebiet des Besoldungsrechts)
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 513/51 = 55 N 4
BR-Drs 699/51 = 62 J 10
BR-PIPr 62 = 4 E 4
BR-PIPr 71 = 4 N 13
Vermittlungsverfahren:
BR-Drs 748/51 = 64 B 4
BR-PIPr 73 = 5 B 3

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/2504 = 58 K 14
Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/2660 = 60 B 12
Einberufung des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/2762 = 60 M 13
Bericht und Antrag des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/2783 = 60 O 1

erneute Einberufung des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/2844 = 61 G 10
Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht zur 2. Beratung
BT-Drs 1/3097 = 63 F 13
1. Beratung
BT-PIPr 1/162 = 17 E 6
BT-PIPr 1/165 = 17 J 3
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/168 = 18 A 8
Beratung des Berichts des Vermittlungsausschusses
BT-PIPr 1/175 = 18 L 3

- Entwurf eines 2. Ges zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts

1. und 2. Durchgang
BR-Drs 3/52 = 67 B 5
BR-Drs 300/52 = 83 N 5
BR-PIPr 76 = 5 F 8
BR-PIPr 90 = 6 C 3

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/3234 = 64 J 13
Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/3575 = 69 M 4
1. Beratung
BT-PIPr 1/206 = 23 A 1
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/226 = 26 B 13

- GesEntw zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts

1. Durchgang
BR-Drs 188/52 = 76 B 3
BR-PIPr 85 = 5 M 11

- Entwurf eines 3. Ges zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts

(betr Besoldungsdienstalter, Wohngeldzuschuß, Kinderzuschuß ua)
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 383/52 = 88 I 8
BR-Drs 107/53 = 100 F 7
BR-PIPr 93 = 6 G 2
BR-PIPr 103 = 7 C 14

GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/3847 = 74 C 14
Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/4131 = 77 N 12
1. Beratung
BT-PIPr 1/238 = 28 B 8
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/253 = 30 O 11

- GesEntw zur Änderung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts

GesEntw der Fraktion der FDP
BT-Drs 1/3815 = 73 H 3
1. Beratung
BT-PIPr 1/238 = 28 B 8

- Antrag der Fraktion des Zentrums betr Wartegeld und Pensionen für ostvertriebene Beamte

BT-Drs 1/20 = 37 B 13
Bericht des Ausschusses für Heimatvertriebene
BT-Drs 1/210 = 37 K 14
- Antrag der Abgeordneten Renner und Genossen betr Aufhebung der ersten GehaltskürzungsVO
BT-Drs 1/140 = 37 G 9

- Bericht des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/343 = 38 J 11
- BT-PIPr 1/28 = 3 D 6
- BT-PIPr 1/60 = 6 G 12
- Antrag der Abgeordneten Renner und Genossen betr Aufhebung der GehaltskürzungsVO
BT-Drs 1/291 = 38 D 9
- Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/1186 = 45 B 4
- BT-PIPr 1/81 = 8 J 8
- Antrag der Abgeordneten Sabel, Dr. von Brentano und Genossen betr Gewährung von Weihnachtssonderzuwendungen an die Bediensteten der Bundesbehörden
BT-Drs 1/390 = 38 M 13
- Bericht und Antrag des Haushaltsausschusses
BT-Drs 1/2455 = 58 F 5
- Antrag der Fraktion der SPD betr Kürzung der Versorgungsbezüge
BT-Drs 1/434 = 39 A 14
- Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/1174 = 45 A 8
- Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DP zum Bericht des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/1244 = 45 J 1
- Interpellation der Abgeordneten Dr. Kather, Stücklen und Genossen betr Wartegeld und Pensionen der heimatvertriebenen Beamten
BT-Drs 1/692 = 40 N 12
- Antwort des Bundesministers der Finanzen auf eine Anfrage betr Durchführung des Beschlusses über Pensionen und Wartegeld für die heimatvertriebenen Beamten und Angehörigen des öffentlichen Dienstes
BT-Drs 1/736 = 41 E 4
- Antrag der Fraktion der SPD betr Aufhebung der 6%igen Gehaltskürzung
BT-Drs 1/1348 = 47 G 9
- Antrag der Fraktion der Bayernpartei betr Anpassung der Bezüge öffentlich Bediensteter an das Preisgefüge
BT-Drs 1/1794 = 51 J 4
- Bericht und Antrag des Haushaltsausschusses
BT-Drs 1/2820 = 61 E 11
- Antwort des Bundesministers der Finanzen auf eine Anfrage betr Existenzsicherung der Familien der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes
BT-Drs 1/2138 = 55 K 3
- BT-Drs 1/2512 = 58 M 1
- Antrag der Fraktion des Zentrums betr Erhöhung der Dienstbezüge der Angehörigen des öffentlichen Dienstes
BT-Drs 1/2096 = 55 D 5
- Antrag der Fraktion der FDP betr Erhöhung der Bezüge für Pensionäre und den unter Artikel 131 des Grundgesetz fallenden Personenkreis
BT-Drs 1/2470 = 58 H 1
- Antrag der Fraktion des Zentrums betr Aufhebung der bisherigen Kürzung der Grundgehälter der Hilfsschullehrer
BT-Drs 1/2495 = 58 J 11

- Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/2585 = 59 K 8
- Antrag der Fraktion der Deutschen Partei betr Erhöhung von Pensionen
BT-Drs 1/2511 = 58 L 14
- Antrag der Fraktion der Föderalistischen Union (BP-Z) betr dreizehntes Monatseinkommen
BT-Drs 1/3322 = 65 N 4
- Antrag der Fraktion der FDP betr Teuerungszulage für Beamte
BT-Drs 1/3814 = 73 H 2
- Antrag der Fraktion der SPD betr Neuregelung des Besoldungsrechts
BT-Drs 1/3841 = 74 C 5
- Antrag der Fraktion der FU betr Erhöhung der Dienstbezüge um 20 %
BT-Drs 1/3941 = 75 L 2

Beamtenrecht

- s a Abgeordnete, Bundesverfassungsgericht, Erfindungen, Wiedergutmachung
- s a GesEntw über die Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes (betr *Abgeordnete*)
BR-Drs 280/50 = 25 F 10
- BT-Drs 1/1153 = 44 N 12
- *GesEntw über die Verteidigung der Richter und Beamten*
BR-Drs 11/49 = 9 C 9
- BR-Drs 47/49 = 9 N 1
- BR-PIPr 5 = 1 B 5
- *GesEntw zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen (BundespersonalGes)*
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 35/49 = 9 J 5
- BR-Drs 57/49 = 10 C 9
- BR-Drs 89/49 = 10 J 3
- BR-Drs 121/49 = 11 A 11
- BR-Drs 179/49 = 11 N 5
- BR-Drs 142/50 = 21 L 14
- BR-Drs 184/50 = 23 B 10
- BR-PIPr 5 = 1 B 5
- BR-PIPr 6 = 1 D 12
- BR-PIPr 16 = 1 L 1

- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/175 = 37 I 4
- Bericht des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/497 = 39 H 13
- Änderungsantrag der Fraktion der FDP
BT-Drs 1/514 = 39 K 5
- Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur 2. Beratung
BT-Drs 1/526 = 39 L 3
- Änderungsantrag der Fraktion der FDP zur 2. Beratung
BT-Drs 1/532 = 39 L 9
- Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur 2. Beratung
BT-Drs 1/550 = 39 M 14
- Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. von Brentano, Strauß und Genossen zur 2. Beratung
BT-Drs 1/552 = 39 N 1
- Änderungsantrag des Abgeordneten Gundelach zur 2. Beratung
BT-Drs 1/557 = 39 N 6

- Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur 2. Beratung
BT-Drs 1/558 = 39 N 6
- Änderungsantrag der Fraktion der FDP zur 2. Beratung
BT-Drs 1/559 = 39 N 7
- Änderungsantrag der Fraktion der Bayernpartei zur 2. Beratung
BT-Drs 1/565 = 39 N 13
- Zusammenstellung der in der 2. Beratung gefaßten Beschlüsse
BT-Drs 1/569 = 40 C 4
- Änderungsanträge der Fraktion der SPD zur 3. Beratung
BT-Drs 1/594 = 40 E 6
- Änderungsantrag der Fraktion des Zentrums zur 3. Beratung
BT-Drs 1/596 = 40 E 7
- Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur 3. Beratung
BT-Drs 1/600 = 40 F 1
- Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, der FDP und DP zur 3. Beratung
BT-Drs 1/643 = 40 L 7
- Änderungsantrag der Fraktion des Zentrums zur 3. Beratung
BT-Drs 1/617 = 40 G 11
- 1. Beratung
BT-PIPr 1/18 = 2 B 12
- 2. Beratung
BT-PIPr 1/38 = 4 C 4
- 3. Beratung
BT-PIPr 1/44 = 4 K 5

- *GesEntw über die Aussetzung gerichtlicher Verfahren in den Fällen des Art 131 GG*
Gesetzesantrag des Landes Niedersachsen
BR-Drs 147/49 = 11 G 5
- Zurücknahme des Gesetzesantrags
BR-Drs 259/49 = 13 H 7
- *Entw eines Bundesbeamtenengesetzes*
Entw der Abgeordneten Dres. Wuermeling, Nowack und Genossen
BT-Drs 1/618 = 40 G 12
- 1. Beratung
BT-PIPr 1/52 = 5 K 4
- *GesEntw zur Abänderung der von der Bundesregierung aufgrund des Art 132 des Grundgesetzes erlassenen Ausführungsverordnung*
GesEntw der Fraktion der SPD
BT-Drs 1/589 = 40 D 14
- 1. Beratung
BT-PIPr 1/47 = 4 O 8
- *GesEntw zur Änderung des Art 131 des Grundgesetzes*
GesEntw der Abgeordneten Dres. Falkner, Besold und Fraktion der Bayernpartei
BT-Drs 1/845 = 41 O 9
- 1. Beratung
BT-PIPr 1/61 = 6 H 11
- *GesEntw zur Änderung des Art 131 des Grundgesetzes*
GesEntw der Fraktion der WAV
BT-Drs 1/914 = 42 I 2
- *GesEntw zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art 131 GG fallenden Personen*

1. und 2. Durchgang
BR-Drs 578/50 = 32 O 7
BR-Drs 663/50 = 36 B 3
BR-Drs 715/50 = 37 A 10
BR-Drs 849/50 = 40 G 2
- BR-Drs 340/51 = 52 C 11
BR-Drs 396/51 = 53 C 9
BR-PIPr 33 = 2 G 2
BR-PIPr 34 = 2 H 2
BR-PIPr 55 = 3 L 11
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/1306 = 46 E 1
Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/2075 = 54 J 7
1. Beratung
BT-PIPr 1/84 = 8 O 1
2. Beratung
BT-PIPr 1/130 = 13 E 11
BT-PIPr 1/131 = 13 H 5
3. Beratung
BT-PIPr 1/132 = 13 I 12
- *GesEntw über Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Unterbringung der unter Art 131 GG fallenden Personen* abgetrennt von BR-Drs 578/50
2. Durchgang
BR-Drs 1041/50 = 43 L 9
BR-Drs 19/51 = 46 C 3
BR-PIPr 43 = 3 A 8
BR-PIPr 44 = 3 B 13
- Vermittlungsverfahren:
BR-Drs 140/51 = 49 D 2
BR-Drs 156/51 = 49 E 7
BR-PIPr 50 = 3 F 8
- GesEntw der Fraktion der FDP
BT-Drs 1/1201 = 45 C 1
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/1306 = 46 E 1
Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/1672 = 50 K 10
- Einberufung des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/1744 = 51 D 12
Bericht und Antrag des Vermittlungsausschusses
BT-Drs 1/1852 = 52 E 1
1. Beratung des GesEntw der FDP
BT-PIPr 1/81 = 8 J 8
1. Beratung des GesEntw der Bundesregierung
BT-PIPr 1/84 = 8 O 1
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/107 = 10 O 7
- Beratung des Berichts des Vermittlungsausschusses
BT-PIPr 1/118 = 12 D 2
- *GesEntw über die Errichtung von Bundesdienststrafgerichten*
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 732/50 = 37 M 13
BR-Drs 865/50 = 41 A 6
BR-Drs 680/51 = 62 D 3
BR-PIPr 37 = 2 K 4
BR-PIPr 69 = 4 L 6
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/1754 = 51 E 14
Bericht und Antrag des Ausschusses für
- Rechtswesen und Verfassungsrecht
BT-Drs 1/2430 = 58 B 11
1. Beratung
BT-PIPr 1/113 = 11 J 6
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/164 = 17 H 4
- *GesEntw zur Änderung des Ges zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen*
- BR-Durchgang
BR-Drs 1007/50 = 43 E 9
BR-Drs 1034/50 = 43 K 11
BR-PIPr 42 = 3 A 2
- GesEntw der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DP
BT-Drs 1/1621 = 50 E 2
- 1., 2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/104 = 10 H 9
- *GesEntw zur Änderung der Reichsdienststrafordnung*
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 479/51 = 54 M 9
- nunmehr:
GesEntw zur Änderung und Ergänzung des Dienststrafrechts (eingebracht als GesEntw zur Änderung der Reichsdienststrafordnung)
BR-Drs 399/52 = 89 F 5
BR-PIPr 61 = 4 D 3
BR-PIPr 94 = 6 H 12
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/2516 = 58 M 5
Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/3594 = 70 D 14
1. Beratung
BT-PIPr 1/164 = 17 H 4
2. Beratung
BT-PIPr 1/228 = 26 H 8
3. Beratung
BT-PIPr 1/231 = 27 B 13
- *Entw zur Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung der Rechtsverhältnisse der im Dienst des Bundes stehenden Personen* (betr Verlängerung)
- BR-Durchgang
BR-Drs 485/51 = 55 B 8
BR-PIPr 60 = 4 C 1
- GesEntw der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DP
BT-Drs 1/2291 = 56 O 6
- 1., 2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/147 = 15 H 8
- *Entwurf eines Bundesbeamtengesetzes*
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 562/51 = 57 F 4
BR-Drs 241/53 = 106 C 11
BR-PIPr 66 = 4 J 3
BR-PIPr 110 = 7 I 5
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/2846 = 61 G 11
Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/4246 = 79 N 1
1. Beratung
BT-PIPr 1/185 = 20 F 10
2. Beratung
BT-PIPr 1/266 = 33 C 6
3. Beratung
BT-PIPr 1/267 = 33 F 5
- *GesEntw zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art 131 GG fallenden Personen*
- Gesetzesantrag des Freistaats Bayern
BR-Drs 451/51 = 53 O 3
GesEntw des Bundesrates
BR-Drs 457/51 = 54 C 7
BR-PIPr 57 = 3 N 11
- Unterrichtung betr Ablehnung durch den Bundestag
BR-Drs 760/51 = 64 E 4
GesEntw des Bundesrates
BT-Drs 1/2471 = 58 H 1
- Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/2754 = 60 L 11
1. Beratung
BT-PIPr 1/163 = 17 F 8
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/176 = 18 M 9
- *GesEntw über die politische Treupflicht der Angehörigen des öffentlichen Dienstes*
1. und 2. Durchgang
BR-Drs 771/51 = 64 H 1
BR-PIPr 75 = 5 E 5
- GesEntw der Bundesregierung
BT-Drs 1/3335 = 65 O 1
1. Beratung
BT-PIPr 1/215 = 24 F 6
- *GesEntw zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art 131 GG fallenden Personen*
- Gesetzesantrag Berlins
BR-Drs 117/52 = 72 K 2
BR-PIPr 80 = 5 I 14
BR-PIPr 82 = 5 K 13
- Rücknahme des GesEntw
BR-Drs 499/52 = 93 G 9
- *GesEntw zur Änderung des Ges zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art 131 des Grundgesetzes fallenden Personen*
- GesEntw des Bundesrates
BR-Drs 68/53 = 97 O 3
BR-PIPr 101 = 7 A 14
BR-PIPr 108 = 7 G 11
- GesEntw des Bundesrates
BT-Drs 1/4612 = 87 E 1
- *Entw eines 1. Ges zur Änderung des Ges zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art 131 GG fallenden Personen*
- BR-Durchgang
BR-Drs 369/53 = 112 F 11
BR-PIPr 113 = 7 K 14
- GesEntw der Fraktion der FDP
BT-Drs 1/3407 = 67 F 13
Bericht und Antrag des Ausschusses für Beamtenrecht
BT-Drs 1/4591 = 86 N 12
1. Beratung
BT-PIPr 1/218 = 24 K 9
2. und 3. Beratung
BT-PIPr 1/280 = 35 J 14
- Antrag der Fraktion der FDP auf Wiederherstellung der staatsbürgerlichen